Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 3814. Verlag: Halberstädter Tagesblatt Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Mollenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abendausgabe für den folgenden Tag 25 Pfennig. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4528 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 81. Mittwoch, 6. April 1927. **2. Jahrgang.**

Stresemann und seine Freunde.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Herr Stresemann über die Regierungskoalition, in die er mit seiner Partei dank der aufopfernden Tätigkeit seines Freundes Scholz geraten ist, keine reine Begeisterung empfindet. Wem vorher darüber nichts bekannt war, der konnte es aus dem Artikel entnehmen, den der Außenminister vor einigen Wochen in den „Deutschen Stimmen" — wenn auch anonym — veröffentlichte. Er — und mit ihm der größte Teil seiner Freunde — fühlen sich bedrückt, weil die Volkspartei innerhalb des Bürgerblocks nicht die Rolle spielt, die ihr nach ihrer Ansicht zukommt. Sie haben den Eindruck, daß sie durch Zentrum und Deutschnationale gewissermaßen eingekreist und in ihrer Bewegungsfreiheit behindert seien. Sie versuchen sich Luft zu verschaffen und reden gelegentlich von dem Moment, in dem sie am Ende doch wieder eigene Wege gehen könnten. Sie künden die Bedenken an, die ein etwaiges Zusammengehen der beiden Koalitionsgenossen in Kulturfragen bei ihnen hervorrufen würden. Sie entdecken, daß sie im Grunde eine liberale Partei seien, berufen, in der Stunde der Gefahr den deutschen Liberalismus in einiger Front zum Kampfe aufzurufen.

Aus dieser Stimmung heraus ist der gestern schon von uns erwähnte Vorstoß zu erklären, den Stresemann am Sonntag auf einer sogenannten Allgemeinen Kulturtagung der Deutschen Volkspartei gegen die Konkordatspläne unternommen hat. Die vorliegenden Berichte geben von seiner Rede kein ganz einwandfreies Bild. Es ist nicht recht klar, ob der Minister das Reichskonkordat, dessen Vorbereitungen noch in den ersten Anfängen stecken, oder das preußische Konkordat gemeint hat, und ebensowenig, ob er jeden Vertrag mit dem Vatikan ablehnt oder ob er sich nur gegen ganz bestimmte Bindungen sträubt. Auch weiß man nicht recht, warum er in seiner Aussprache die Demokraten und den ihnen nahestehenden preußischen Kultusminister Becker mit einigen Rippenstößen bedenkt. Man könnte fast meinen, als ob er dadurch die Aufmerksamkeit des Zentrums ein wenig ablenken wolle, aber auch, daß sich hinter diesen Wendungen der Wunsch verberge, seine Partei in Preußen wieder in der Regierung zu sehen, damit ihr Einfluß das drohende Unglück abwenden helfe.

In Wirklichkeit aber liegt hier doch ein etwas unfreundlicher Akt gegen das Zentrum vor, von dem man weiß, daß es den Konkordatsabschluß betreibt, und von dem man vermutet, daß es nicht zuletzt aus diesem Grunde zum Eintritt in eine Regierung mit den Deutschnationalen bereit gewesen ist. So faßt auch das Zentrum selbst die Rede Stresemanns auf. Die „Germania" äußert sich bereits sehr unwillig, der Zentrumsvorstand hat gleich am Montag eine Sitzung abgehalten und es heißt, daß die Fraktion in einer besonderen Erklärung zu den kritischen Aeußerungen des Außenministers Stellung nehmen will.

Die „Germania" nennt im übrigen den Trompetenstoß des Führers der Deutschen Volkspartei ein parteipolitisches Manöver. Insofern sicher mit Recht, als Stresemann ja von den zahlreichen Anhängern gesprochen hat, die die Deutsche Volkspartei auch aus anderen Gruppen gewinnen werde, wenn sie in dem Kampf um die höchsten ideellen Güter die Führung übernehme. Die Herren empfinden eben sehr stark das Bedürfnis nach einer neuen Plattform, von der aus sie die Wähler, die sie zu verlassen drohen, wieder gewinnen könnten. Deshalb tun wir auch gut daran, dem Auftreten Stresemanns keine allzugroße Bedeutung beizumessen. Sicher lag ihm nichts ferner, als ernsthaft einen Bruch der Koalition ankündigen zu wollen, und der Aerger, den seine temperamentvolle Improvisation beim Zentrum erregt hat, wird wieder vorübergehen. Zu allem Ueberfluß läßt die Volkspartei auch noch einen offiziösen Kommentar der Rede veröffentlichen, in dem es als ein Mißverständnis bezeichnet wird, wenn die Presse annähme, der Reichsaußenminister habe eine verstärkte Aktivität in der Frage des Konkordats gefordert. Tatsächlich habe er es nur ganz allgemein als seinen Wunsch bezeichnet, daß die kulturpolitischen Fragen in ihrer Gesamtheit mehr in den Mittelpunkt der politischen Arbeit der Partei gestellt werden möchten. Schließlich ist es ja nicht die erste Rede des Außenministers, die zu „Mißverständnissen" Veranlassung gegeben hat, und die Deutsche Volkspartei weiß sehr genau, daß mit dem berühmten Kulturliberalismus heute kaum noch politische Geschäfte zu machen sind. Das gebildete und besitzende Bürgertum, in dem sie wie ihre Vorgängerin, die Nationalliberale Partei, ihre Hauptstütze erblickt, wird, wenn man es vor die Wahl zwischen dem Konkordat und dem achtstündigen Arbeitstag stellt, immer nach dem Konkordat greifen.

*

Die deutschnationalen Freunde.

Der Plauener Prozeß, den Stresemann gegen den Rechtsanwalt Dr. Müller wegen Verleumdung führt, hat gestern die ganze niederträchtige Gemeinheit der Deutschnationalen gegen politische Gegner blitzlichtartig beleuchtet.

Von dem Angeklagten Rechtsanwalt Müller war ein

Zeuge Kranz

vor Gericht geladen worden, damit er auf Grund seiner früheren amtlichen Tätigkeit bei der Reichstreuhandgesellschaft bekunden soll, daß die Evaporator-Gesellschaft Schiebungen begangen habe, die nachher vom Minister Dr. Stresemann gedeckt wurden. In die Enge getrieben und darauf hingewiesen, daß seine Aussagen unter Eid stehen und, falls sie sich in Gegensatz zu den Aussagen des gleichfalls zu vernehmenden berüchtigten Knoll stehen sollten, zu Meineidprozessen führen könnten, hat er zugegeben, daß er mit Akten, die nicht einwandfrei in seine Hände gelangt sind, einen schwunghaften Handel getrieben habe. Er hat diese Akten dem **Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Weiß, gegen eine Summe von 5000 Goldmark verkauft.** Ein Teil dieser Akten ist auch bei dem Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Weiß, geblieben, während ein anderer Teil einem gewissen Herrn Breithaupt überlassen worden ist. Das Geld hat der Zeuge Kranz von **der Deutschnationalen Volkspartei durch Vermittlung des Oberregierungsrats Göbel vom Reichsschatzministerium erhalten.**

Die Aussage des Zeugen Kranz hat schlagend erwiesen und die Hintergründe aufgedeckt, daß

das ganze Kesselkreiben gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann von der Deutschnationalen Volkspartei bzw. von dem Hauptgeschäftsführer dieser Partei, Dr. Weiß, inszeniert worden ist, um den ihnen unbequemen Reichsaußenminister zu stürzen und ihn moralisch genau so zu vernichten, wie das seinerzeit mit Erzberger der Fall gewesen ist.

Man kann nach dieser Zeugenaussage des Kranz die Frage stellen, ob es unter diesen Umständen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann noch möglich ist, mit deutschnationalen Ministern in einem Kabinett zu sitzen. Man kann aber auch gleichzeitig die Frage aufwerfen, ob nach dieser Art der Bekämpfung eines unbequemen Politikers es der Deutschen Volkspartei noch möglich ist, mit der Deutschnationalen Volkspartei in einer Koalitionsgemeinschaft zu verbleiben. Was hier gegen einen prominenten Staatsmann, den Parteiführer, unternommen worden ist, und mit welchen Mitteln diese Angriffe vorbereitet worden sind, spottet jeder Beschreibung. Dieser Prozeß Stresemann, dessen Ausgang vielleicht noch Tage auf sich warten lassen wird, wird unter allen Umständen ein Nachspiel haben. Er wird vielleicht mit dazu dienen, eine Reinigung der politischen Atmosphäre herbeizuführen, die gerade von deutschnationaler Seite verunreinigt worden ist. Man kann sich heute nach der Aussage des Kranz ungefähr auch ein Bild darüber machen, auf welche Weise die Hetze gegen den Reichspräsidenten Ebert geführt worden ist und in welcher Weise der Barmat-Prozeß ins Rollen gekommen ist.

Was gestern in Plauen gerichtlich festgestellt worden ist, wird von dem Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Weiß bestätigt. Auf Anfrage erklärt dieser der „Vossischen Zeitung", daß er für seine Partei die gestohlenen Akten und das Recht zu deren politischen Ausschlachtung für 5000 Mark erworben habe und daß jener russische Preßbandit Adolf Stein, der kürzlich die Frau unseres Genossen Loebe unter dem Pseudonym Rumpelstilzchen anflegelte, von der deutschnationalen Partei mit der politischen Verwertung der gestohlenen Akten beauftragt worden ist. Rumpelstilzchen ist also kein gewöhnlicher Schmock, sondern — Offiziosus der Deutschnationalen Volkspart.

So sehen Stresemanns politische Freunde aus.

Wie Deutschnationale umlernen.

Eine Rede Hergts über Verständigungspolitik und Schuldfrage.

Vizekanzler Dr. Hergt sprach dieser Tage in Stettin über die politische Lage vor einer nicht zu zahlreich besuchten Versammlung. Die neue Regierungskoalition, so führte er aus, sei aus den tatsächlichen Verhältnissen erwachsen. Wenn die deutschnationale Partei nicht einen schwerer Fehler begehen wollte, so mußte sie dieser Notwendigkeit folgen, die auch im Parteiinteresse liege. Eine Partei könne nicht ewig sich negierend verhalten. Das würde die Wählerschaft nicht verstehen. Das Faktum, das außenpolitisch die Koalitionsparteien zusammengeführt hat, sei Locarno und Genf. Logischerweise mußten auch die Deutschnationalen sich das Verständigungsziel zu eigen machen. Wenn man 1925 noch dagegen angekämpft habe und aus der Regierung ausgetreten sei, so werde man das heute nicht mehr tun, da man auch nicht verhindern konnte, daß Deutschland Mitspieler im Völkerbunde wurde. Auf eine Anfrage, wie sich die jetzige Regierung in der Kriegsschuldfrage verhalten wolle, erklärte Hergt, die Deutschnationalen bedauerten, daß die Aktion 1925 versackt sei. Jeder werde sich aber sagen müssen, daß solche Fragen nur zur gegebenen Zeit in Angriff genommen werden könnten.

Aha!

Korrekt gehandelt.

Die anläßlich des Todes von General von Wrisberg eingeleitete Untersuchung des Berliner Polizeipräsidenten hat nach unseren Informationen von zuverlässiger Seite ergeben, daß der am Bismarckdenkmal in Berlin diensttuende Polizeibeamte vollkommen korrekt gehandelt hat. Irgendwelche Folgerungen ergeben sich deshalb für ihn aus dem Zwischenfall nicht.

*

Was konnte auch der Schupo dafür, daß sich ein wilhelminischer General totgeärgert hat, weil ein republikanischer Beamter seine Pflicht tat?

Maiparole der Internationale.

Paris, 4. April. (Eig. Drahther.) Das Büro der Sozialistischen Internationale hat am Montag eine Sitzung abgehalten und den Text eines Manifestes zum 1. Mai 1927 festgelegt. Die Arbeiterschaft aller Länder wird aufgefordert, am 1. Mai für die beschleunigte Verabschiedung des Washingtoner Abkommens über den Achtstunden-Arbeitstag zu manifestieren, welches Abkommen bisher von England und Deutschland noch nicht ratifiziert wurde. In dem Manifest wird weiter protestiert gegen die Kriegsgefahren, welche die faschistischen Umtriebe heraufbeschwören und für die Befreiung des chinesischen Volkes von der Fremdherrschaft.

Soziale Fragen vor dem Reichstage.

Arbeitszeit-Notgesetz. — Invalidenrenten. — Erwerbslosen- und Kleinrentnerfürsorge

Auch die Montagsitzung des Reichstags, die von 11 Uhr vormittags bis in die zehnte Abendstunde dauerte, war mit sozialpolitischen Beratungen angefüllt. Zunächst wurde die erste Lesung des

Arbeitszeit-Notgesetzes

zu Ende geführt. Für die Deutsche Volkspartei sprach nicht etwa ein Arbeiter- oder Angestelltenvertreter, sondern der Unternehmer Dr. Pfeffer. Er überraschte das staunende Haus mit der Verlesung eines angeblichen Arbeiterbriefes, in dem der Schreiber behauptet, er wisse nicht, wie er seine freie Zeit bis zum Schlafengehen zubringen solle und möchte daher gern länger arbeiten. Pfeffer erklärte die Zustimmung der Volkspartei zur Regierungsvorlage. Allerdings sei seine Partei für größere Freiheit in der Bemessung der Arbeitszeit.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

griff noch einmal polemisch in die Debatte ein. Nicht nur gegen die Kommunisten und die Sozialdemokraten, auch gegen den Redner der Deutschen Volkspartei sprach er. Der Minister erklärte, daß die Rationalisierung -bisher noch nicht habe erkennen lassen, daß die Unternehmer auch die Arbeiter an den Vorteilen der Ergebnisse des Rationalisierungsprozesses wollten teilnehmen lassen.

Ein kleines Zwischenspiel

gab es, als der deutschnationale Handlungsgehilfenführer, der Volksparteiler Thiel, gegen seinen eigenen Fraktionsstollegen Pfeffer polemisierte. Aus Rücksicht auf seine Deutschnationalen Handlungsgehilfen mußte Thiel zugeben, daß im Gegensatz zu der Behauptung seines Fraktionskollegen auch im Handelsgewerbe ein großer Mißbrauch mit den Ueberstunden getrieben werde. Das Arbeitszeitnotgesetz wurde nun dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgte nun die wichtige Beratung des Berichts des Sozialpolitischen Ausschusses über

Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.

Den Ausschußbericht erstattete der sozialdemokratische Abg. Karsten. Nach den Ausschußbeschlüssen werden folgende Lohnklassen gebildet: Lohnklasse 1: bis zu 6 Mark, Lohnklasse 2: 6 bis 12 Mark, Lohnklasse 3: 12 bis 18 Mark, Lohnklasse 4: 18 bis 24 Mark, Lohnklasse 5: 24 bis 30 Mark, Lohnklasse 6: 30 bis 36 Mark, Lohnkl. 7: über 36 Mark. Der Steigerungssatz für diese Beitragsmarken soll betragen in der 1. Lohnklasse 2 Pfg., in der 2. Lohnklasse 4 Pfg., 3. Lohnklasse 8 Pfg., 4. Lohnklasse 14 Pfg., 5. Lohnklasse 20 Pfg. Der Wochenbeitrag soll betragen in der 1. Lohnklasse 30 Pfg., in der 2. Lohnklasse 60 Pfg., in der 3. Lohnklasse 90 Pfg., in der 4. Lohnklasse 120 Pfg., in der 5. Lohnklasse 150 Pfg., in der 6. Lohnklasse 180 Pfg., in der 7. Lohnklasse 200 Pfg.

Als Fraktionsredner der Sozialdemokraten bezeichnete Karsten unter lebhafter Unruhe der Mitte und Rechten des Hauses die Ausschußbeschlüsse als ganz ungenügend. Er begründete die sozialdemokratischen Anträge, die eine stärkere Heranziehung der höheren Lohnklassen zur Beitragsleistung befürworten und dafür eine allgemeine Rentenerhöhung anstreben. Außerdem bezwecken die sozialdemokratischen Anträge, daß alle Arbeiterwitwen, nicht nur die über 65 Jahre alten und die erwerbsunfähigen, eine Rente erhalten sollen.

Auch die Kommunistin Frau Arendsee übte an den Ausschußbeschlüssen lebhafte Kritik, während der bayerische Bauernbündler Eisenberger in einer stockreaktionären Rede glaubte, daß die Landwirtschaft höhere Beiträge nicht zahlen könne. Darauf erwiderte der Zentrumsabgeordnete Andre, daß die Landwirtschaft verhältnismäßig viel mehr Renten erhalte, als ihr aus den Beiträgen zufüme

Der Gesetzentwurf wurde nach der Ausschußfassung unter Ablehnung der sozialdemokratischen Abänderungsanträge in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus trat dann in die Beratung eines weiteren Berichts des Sozialpolitischen Ausschusses ein. Es handelt sich um die von den Sozialdemokraten und Kommunisten gestellten

Anträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Ausschuß beantragte, diese Anträge durch die inzwischen er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270406-12/fragment/page=0001

gangenen Verordnungen für erledigt zu erklären. Gegen diese Ausschußbeschlüsse wandte sich der Kommunist Rädel und in einer sehr entschiedenen Rede der sozialdemokratische Abg. Brey. Er verlangte die vollständige Sicherung der Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen. Wenn bei bestimmten Berufen oder Betrieben die Bezugsdauer der Erwerbslosenfürsorge begrenzt werden sollte, so müßten sie in die Krisenfürsorge aufgenommen werden. Ferner verlangte der kommunistische Redner Rädel im Sinne des sozialdemokratischen Antrages, daß den Erwerbslosen die Mieterhöhungen erstattet werden sollen. Die Regierungsparteien hörten sich die sozialdemokratische Rede aufmerksam an, stimmten aber, wie den ganzen Tag über, die sozialdemokratischen Anträge nieder. Der Regierungsblock hat sich sozialpolitisch konsolidiert und läßt sich von der Opposition im Plenum einstweilen nichts abringen. In später Abendstunde gab es dann noch eine sehr interessante sozialpolitische Debatte über die

Kleinrentnerfürsorge.

Dieser Teil der Reichstagssitzung verdient bei den zahlreichen Kleinrentnern höchste Beachtung. Vor längerer Zeit, als die Deutschnationalen noch Opposition schauspielerten, haben sie einen Antrag eingebracht, der für die Kleinrentner eine Mindestrente verlangte und mehr als 400 Millionen Mark jährlich für die Kleinrentner beansprucht hätte. Damit haben sie in ihren Zeitungen und Versammlungen großen Staat gemacht. Nun sind aber die Deutschnationalen in die Regierung eingetreten und siehe da — nun wollen sie von ihrem Antrag nichts mehr wissen. Aus der großen Aktion ist nichts anderes als eine kleine und kleinliche Entschließung geworden, die, selbst wenn die Regierung ihr stattgeben wird, was noch keineswegs sicher ist, höchstens den Betrag von

25 Millionen statt 400 Millionen Mark für die Kleinrentner

ergeben wird. Selbstverständlich ist das, für den einzelnen Kleinrentner gerechnet so gut wie nichts. Die angenehme Lage, in der sich die Deutschnationalen unter den anderen Parteien in der Regierung befinden, zeigt die Tatsache, daß sie nicht einen eigenen Redner vorschicken, sondern durch die deutschvolksparteiliche Abgeordnete Frau Matz eine gemeinsame Erklärung nur verlesen ließen. Die sozialdemokratische Abg. Frau Schroeder deckte in einer wirkungsvollen kurzen Rede dieses ganze traurige Spiel mit den Kleinrentnern auf. Sie erklärte, daß die Sozialdemokratie sich zu einer solchen Maskerade nicht hergeben und daher auch gegen diese Entschließung stimmen werde. In demselben Sinne redete die demokratische Abg. Frau Dr. Lüders. Die Regierungsparteien drückten ihre Entschließung durch. Sie haben damit

für die Kleinrentnerfürsorge ein Blatt Papier produziert,

das nicht einem einzigen Kleinrentner sättigen wird. Das Verhalten der Regierungsparteien ist umso erbitternder, als sich gerade diese Parteien seit Jahr und Tag als die besonderen Freunde der Kleinrentner aufgespielt haben. — Nächste Sitzung Dienstag vormittag 10 Uhr.

Im preußischen Landtag

herrschte am Montag Ruhe vor dem Sturm. Der Landtag hat eigentlich seine Osterferien schon mit Anfang April beginnen wollen, aber die Notwendigkeit der Erledigung verschiedener Finanzvorlagen hat ihn noch zusammengehalten. Da ist zunächst die

Verlängerung der Grundsteuer um 1 Jahr.

Die Ararier möchten die Gelegenheit gern benutzen, um sich noch ein wenig mehr als bisher schon vom Steuerzahlen zu drücken. Da ist sodann die Hauszinssteuer. Die Wirte möchten die Mietssteigerungen am 1. April und 1. Oktober um je 10 Prozent, welche die Reichsregierung verordnet hat, ganz in die eigene Tasche stecken. Da ist endlich der Finanzausgleich, das preußische Ausführungsgesetz zum Reichsfinanzausgleich, durch das die Verteilung der vom Reich überwiesenen 1½ Milliarden auf Staat und Gemeinden geregelt wird. Die Mittelständler möchten die Gelegenheit wahrnehmen, die Städte zu zwingen, die Gewerbesteuer herabzusetzen. Und dafür müßten dann die Städte die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr erhöhen. Ueber alle wichtigen Fragen fällt die Entscheidung im Preußischen Landtag in den nächsten drei Tagen. Am heutigen Montag aber herrschte Ruhe vor dem Sturm. Das Haus war schwach besetzt und ziemlich unaufmerksam.

Den Hauptteil der Sitzung füllte die zweite Lesung des

Forstetats

aus. Es fielen hier Worte wie Holzzoll und Wildschaden, die zu anderer Zeit und bei anderer Gelegenheit die heftigsten politischen Kämpfe ausgelöst haben. Am Montag aber ging alles still und friedlich zu. Für die sozialdemokratische Fraktion vertrat Abg. Kraft die Forderung, daß der Forstfiskus ein vorbildlicher Wirtschafter und vorbildlicher Arbeitgeber werden müsse. Am Dienstag soll der Rest der Debatte erledigt werden. Vorher zweite Lesung der Hauszinssteuer.

Berlin und der Mittellandkanal.

Es gibt jährlich 600 000 Mark zu dem Bau.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat sich bereit erklärt, für die Vollendung des Mittellandkanals während einer höchstens zehnjährigen Baudauer für das Rechnungsjahr die Verzinsung des Baukapitals in Höhe von 30 Millionen Mark zum Zinsfuß von 2 v. H. zu übernehmen. Die Verpflichtung wird für die Stadt die Aufbringung von 600 000 Mark pro Jahr bedeuten. Vom Zeitpunkt der Betriebseröffnung an übernimmt die Stadt die Verzinsung und Tilgung des Baukapitals insoweit, wie der auf Preußen entfallende Teil aus den Reineinnahmen zuzüglich eines Zuschlages von 70 Prozent zur Verzinsung und Tilgung nicht ausreicht. Die jährliche Verzinsung ist mit höchstens 6 Prozent anzunehmen; der jährliche Tilgungssatz soll 2 Prozent nicht überschreiten.

Die Stadt Berlin knüpft an ihre Garantie einzelne Bedingungen für den Ausbau bestimmter Wasserstraßen, wonach Schiffe mit rund 1000 Tonnen vom Ruhrgebiet über den Mittellandkanal nach Berlin gelangen können.

Soziale Kämpfe.

Ausnahmezustand gegen hungernde Arbeiter.

Prag, 4. April. (Eig. Drahtm.) Die ungeheure Not der Glasarbeiter im Isergebirge, die durch die Nationalisierungsmaßnahmen der Glasindustrie in den letzten Jahren noch dauernd gesteigert wurde, hat in der verflossenen Woche zu Verzweiflungsausbrüchen geführt. Die Arbeiter stürmten mehrere Betriebe und erzwangen sich durch Sabotageakte die Zusicherung der Unternehmer, mit ihren bisherigen Methoden zu brechen. Obgleich bei den Verzweiflungsakten kaum erheblicher Schaden angerichtet und kein Mensch verletzt oder auch nur gefährdet wurde, regnete es natürlich sofort Verhaftungen und Versammlungsverbote. Jetzt aber hat die Polizeibehörde des Bezirks Gablonz sicher auf Weisung der Regierung, die dem Elend der Glasarbeiter untätig zusieht, über den Gerichtsbezirk von Tannwald und drei Gemeinden des Gerichtsbezirks Gablonz den Ausnahmezustand verhängt. In der betreffenden Kundgebung werden noch strengere Maßnahmen, darunter die Verhängung des Standrechts, angedroht.

Der Vormarsch der Kantontruppen.

General Feng marschiert.

Die Armee Feng Yu Hsians, die sich bisher ruhig verhielt, aber mit den Kontontruppen zusammenarbeitet, beginnt sich jetzt nach Osten in Bewegung zu setzen. Der General hatte sich nach seinem Rückzug von Peking vor den vereinigten Truppen Tschang Tso Lins und Wu Pei Fus im Frühjahr vorigen Jahres in die Mongolei zurückgezogen und war selbst eine Zeitlang nach Moskau gefahren. Im Herbst vorigen Jahres kam er dann zurück und reorganisierte seitdem seine Armee, die Volksarmee genannt wird. Feng sympathisiert mit der Kantonarmee. Durch seinen Vormarsch wird Peking nun auch von Westen her eingeschlossen, nachdem es durch den Vormarsch der Kantontruppen, die bereits Schantung unmittelbar bedrohen, gefährdet ist. Die Haltung des Gouverneurs der Provinz Schansi ist bereits zweifelhaft geworden. Die gesamte militärische Lage des Nordens innerhalb der großen Mauer muß als erschüttert betrachtet werden. Eine unterminierende Propaganda bereitet den Zusammenbruch vor.

Die Lage in Hankau

ist angesichts der 200 000 Arbeitslosen brennend geworden. Alle Japaner sind außerhalb der Niederlassung zurückgezogen worden. Nach Zusammenstößen wurden sechs Zivilisten und zwei Matrosen vermißt, einer wurde ermordet. Sechs japanische Kriegsschiffe genügen vorläufig noch zum Schutze Hankaus, zwei weitere sind unterwegs. Man erwägt augenblicklich die Schließung sämtlicher japanischen Betriebe und den Abtransport der Japaner aus Hankau. In Tokio wird darüber entschieden werden. Trotz des Drängens des englischen Generalkonsuls in Schanghai auf ein scharfes Durchgreifen wurde diese Aktion vom japanischen Generalkonsul trotz voller Erkenntnis der Gefahr im Yangtsebecken abgelehnt.

Karte vom chinesischen Kriegsschauplatz.

Das wichtigste militärische Ereignis der letzten Tage ist die Einnahme der strategisch bedeutsamen Stadt Bangfu im Norden der Provinz Anhui durch die Südtruppen.

„Die Blutrichterin von Schanghai".

Fräulein Dr. Soume Tscheng.

die einst in der chinesischen Revolution schon eine führende Rolle spielte, ist jetzt zur Präsidentin des Schanghaier Revolutionstribunals ernannt worden. Man nennt sie auch die chinesische „Jeanne d'Arc".

Schon haben die amerikanischen Zeitungen sie die „Blutrichterin von Schanghai" getauft, doch gibt es auch andere, gerechtere Beurteilungen ihrer starken Persönlichkeit, die sie Chinas Jeanne d'Arc nennen. Mit siebzehn Jahren geriet Soume Tscheng, die einer vornehmen Adelsfamilie entstammt, in die nationalistische Bewegung Chinas. Sie, die heute im 35. Lebensjahre steht, hat für die revolutionäre Sache unzählige Male ihr Leben bedenkenlos in die Schanze geschlagen. In einem Alter, wo die anderen jungen Mädchen ihres Landes die Ehe eingehen, brach sie rücksichtslos mit ihrem Verlobten, ließ ihre Familie im Stich und verschwor sich mit Herz und Hand der revolutionären Bewegung. In der Lust geheimer Verschwörungen und Attentate zu leben, schien ihr Lebensbedürfnis zu sein. So vertraute man ihr regelmäßig die besonders gefährliche Mission an, Dynamit von einem Teile Südchinas nach einem anderen zu transportieren. Im Jahre 1910. als sie in ihrem Gepäck Bomben von Tientsin nach Peking schmuggelte, wurde sie nur um ein Haar durch die Hilfe eines ausländischen Diplomaten vor dem sicheren Tode gerettet. Zur Ermordung eines der verhaßtesten Generale der alten kaiserlichen Danastie lieferte wiederum Soume Tscheng die Bomben. Der ihr beigegebene Offizier, der die Bomben warf, büßte dabei sein Leben ein. Von diesem Tage an erblickte die kaiserliche Regierung in dem jungen Mädchen einen ihrer gefährlichsten Gegner, den sie mit allen Mitteln unschädlich zu machen suchte. Die Verfolgungen Pekings zwangen sie schließlich, außer Landes zu gehen. Mit anderen revolutionären Studenten begab sich Soume Tscheng zum Studium nach Paris, wo sie den ganzen Krieg über blieb. Sie beherrscht die englische und französische Sprache in geradezu vollendeter Weise. 1917 reiste sie auch nach den Vereinigten Staaten und brachte dort mehrere Monate zu. 1925 promovierte sie an der Sorbonne mit einer Dissertation „Die konstitutionelle Bewegung in China" zum Doktor der Rechte. Sie wurde die erste Rechtsanwältin in China und gewann in Kanton nach ihrer Rückkehr in den Kreisen der Kuomintang beherrschenden Einfluß.

Wahlsieg in Salzburg.

Wien, 4. April. (Eig. Drahtber.) Am Sonntag fanden in Salzburg die Wahlen zum Gemeinderat der Landeshauptstadt und zum Landtag statt. In der Hauptstadt Salzburg wurden in den Gemeinderat 15 Sozialdemokraten gewählt und 13 Christlichsoziale; die Sozialdemokraten gewannen damit 2 Mandate, während die Christlichsozialen 2 verloren. Außerdem wurden gewählt 10 Großdeutsche und 2 Mitglieder des wirtschaftlichen Ständebundes. Die Großdeutschen verloren an diesen Ständebund, der zum ersten Mal kandidierte, 2 Mandate.

Die Landtagswahlen erbrachten für die Sozialdemokraten 36 506 Stimmen; das bedeutet im Vergleich zu den Nationalratswahlen im Jahre 1923 einen Gewinn von 5408 Stimmen. Die Christlichsozialen haben mit 55 472 im Vergleich zu den Wahlen von 1923 rund 6200 Stimmen verloren, die Großdeutschen und die Nationalsozialisten erhielten zusammen 13 140 Stimmen, der Landbund 8004 Stimmen und der Ständebund 1521 Stimmen. In der Mandatszahl ist keine wesentliche Verschiebung eingetreten, weil die Zahl aller Landtagsmandate von 28 auf 26 vermindert wurde.

Chinadebatte im Unterhause.

Der gereizte Chamberlain.

London, 4. April. (Eig. Drahtber.) Im Unterhaus war am Montag der britische Außenminister Chamberlain erneut einem Kreuzverhör von seiten der Arbeiterpartei über die Lage in China ausgesetzt. Im Mittelpunkt dieser Anfragen stand die Verantwortlichkeit für die

Ereignisse von Nanking.

Der Außenminister stellte fest, daß zwar eine direkte Verantwortlichkeit Moskaus nicht nachzuweisen sei, daß aber Moskau weitgehend für die fremdenfeindliche und insbesondere antibritische Stimmung verantwortlich zu machen sei. Die Mitglieder der Arbeiterpartei suchten hierauf eine Klärung über die Widersprüche zwischen der britischen Darstellung der Vorgänge in Nanking und den bereits am Sonnabend übermittelten Feststellungen des chinesischen Außenministers herbeizuführen. Chamberlain behauptete gegenüber dem chinesischen Außenminister, aus einem Telegramm des britischen Generalkonsuls in Nanking gehe hervor, daß die Verantwortlichkeit der Kantonarmee für die Morde und Plünderungen in Nanking unanfechtbar festgestellt werden könne. Die offiziellen japanischen und amerikanischen Informationen stimmten mit diesen britischen Informationen genau überein.

Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Lansbury

machte hierauf den Vorschlag, eine unparteiische Untersuchungskommission einzusetzen. Er erhielt aber darauf von Chamberlain die höhnische Antwort, er Chamberlain, habe keinen Anlaß, die britischen Vertreter in China für Lügner zu halten, wie es anscheinend der Abgeordnete der Arbeiterpartei tue. Als Lansbury infolge dieser Bemerkung nochmals protestieren wollte, kam es zu sehr stürmischen Szenen, die die Verhandlungen des Unterhauses für mehrere Minuten aufhielten.

Moskauer Bannstrahl.

Sieben weitere Sozialverräter auf der Ausschlußliste.

Die „Rote Fahne" berichtete in ihrer Sonntagsausgabe schamhaft darüber, daß das Zentralkomitee sieben Abgeordnete des Preußischen Landtages, vier des Reichstages und einen Abgeordneten des Badischen Landtages neuerdings verwarnt habe. Wie wir erfahren, handelt es sich um die Reichstagsabgeordneten Kenzler, Bohla, Obendieck und Wierraih, um die preußischen Landtagsabgeordneten Kilian, Heym, Gehrmann, Gustav Müller, Eppstein, Stjellerup und Hedwig Krüger sowie um den badischen Landtagsabgeordneten Ritter. Der Ausschluß dieser Abgeordneten, die sich mit den bereits ausgeschlossenen Abgeordneten Bartels, Grille-witz und Schlecht solidarisiert hatten, steht bevor.

Primos Gegner.

Der Prozeß gegen die Putschisten.

Paris, 4. April. (Eig. Drahtm.) Vor einem außerordentlichen Militärgericht in Madrid begann am Montag ein Prozeß gegen 10 Offiziere, darunter die Generäle Weyler und Aguiler und etwa 20 Zivilpersonen unter der eigentümlichen Anklage, versucht zu haben, die Diktatur Primo de Riveras zu stürzen und die parlamentarische Staatsform in Spanien wiederherzustellen. In der Anlage wird ausgeführt, daß die Absicht der „Verschwörer" gewesen sei, die politischen Freiheiten in Spanien ebenso wie die Pressefreiheit wieder einzuführen und sämtliche politische Gefangene zu befreien. Es wird weiterhin behauptet, daß die Angeklagten in enger Zusammenarbeit mit den sozialistischen Gewerkschaften Spaniens gestanden hätten. Der Staatsanwalt beantragte gegen den General Aguilera als Haupträdelsführer acht Jahre ein Tag Gefängnis und gegen General Weyler eineinhalb Jahr Gefängnis; gegen die übrigen Angeklagten durchschnittlich ebenfalls je eineinhalb Jahr Gefängnis. Das Urteil soll in etwa einer Woche verkündet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270406-12/fragment/page=0002

Toller darf wieder nach Bayern.

München, 4. April. (Eig. Drahtber.) Solange in Bayern der regelrechte Ausnahmezustand bestand, war für Toller auf Grund seiner Beteiligung an den Räteunruhen in München ein Aufenthaltsverbot in Bayern erlassen, dessen Berechtigung selbstverständlich wiederholt angezweifelt worden ist, ohne daß Bayern dieses Aufenthaltsverbot zurückgenommen hat. Nachdem aber dieser Ausnahmezustand im vorigen Jahre aufgehoben wurde, konnte dieses Verbot nicht mehr länger aufrechterhalten werden, sodaß vor einiger Zeit im Bayerischen Polizeiblatt die Ausweisung Tollers, der preußischer Staatsangehöriger ist, widerrufen wurde.

Reichstagspräsident Loebe wird, um sich von den Folgen seiner Blinddarmoperation zu erholen, am 9. April auf einen kurzen Urlaub nach Bad Mergentheim gehen. Anfang Mai wird er wieder zurückkehren und die Geschäfte wieder aufnehmen.

Gegen die englischen Gewerkschaften. Der britische Kronanwalt brachte am Montag im Unterhaus den Gesetzentwurf gegen die Gewerkschaften ein.

Kleine Chronik.

Rückgang der Sterblichkeit in Berlin.

Die Sterblichkeit in der Reichshauptstadt hat in der Nachkriegszeit, besonders aber in den letzten Jahren, einen bemerkenswerten und auffallenden Rückgang zu verzeichnen. Im Jahre 1913 sind bei 3,9 Millionen Einwohnern rund 50 000 Menschen gestorben, während im Jahre 1926 bei einer Bevölkerungszahl von 4,1 Millionen nur noch rund 45 000 Gestorbene zu verzeichnen sind. Trotz der Bevölkerungsvermehrung handelt es sich also um einen Rückgang von rund 5000 in einem Jahre. Auf je 1000 der Bevölkerung berechnet, sank die Sterbeziffer von 12,6 im Jahre 1913 auf 11,1 im Jahre 1926. Während des Krieges und in den ersten schweren Jahren der Nachkriegszeit war die Sterbeziffer natürlich bedeutend höher, am höchsten im Jahre 1919 mit 14,5. Der Rückgang der Sterblichkeit ist vor allem auf eine starke Verminderung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen. Trotz des Wohnungselends sank die Sterbeziffer der Kinder unter einem Jahr von 14,3 im Jahre 1913 auf 8,5 im Jahre 1926. Den sozialen Verhältnissen entsprechend ist die Säuglingssterblichkeit in den einzelnen Wohnbezirken der Reichshauptstadt natürlich sehr unterschiedlich. Am geringsten ist sie in dem westlichen Vorort Steglitz mit 5,7, eine Ziffer, die noch unter der außergewöhnlich günstigen von Schweden und Holland liegt. Auch die übrigen westlichen Vororte weisen günstige Ziffern auf: Wilmersdorf 6,3, Tiergarten 6,4, Schöneberg 6,8. Ueber dem Durchschnitt liegen die Arbeiterwohnviertel wie Lichtenberg mit 11,3, Kreuzberg mit 11,2, ferner Friedrichshain und Prenzlauer Berg. Aber selbst ausgesprochene Arbeiterwohnbezirke wie Neukölln, Reinickendorf, Weißensee und Spandau bleiben unter dem Durchschnitt. Unter den Großstädten überhaupt steht Berlin sowohl in Deutschland wie in der Welt mit an der Spitze einer niedrigen Sterblichkeit.

Vom Riesen- und Erzgebirge wird starker Schneefall gemeldet.

Der Dessauer Junkersflieger Horn stellte gestern einen neuen Weltrekord auf. Damit haben die Junkersflieger in den letzten 14 Tagen 10 Weltrekorde gebrochen und ebensoviele Weltbestleistungen aufgestellt.

Flugzeugzusammenstoß. In Frankreich stießen zwei Kampfflugzeuge infolge falschen Manövrierens zusammen. Die vier Insassen wurden getötet.

Die bekannte Berliner Vergnügungsstätte „Neue Welt" in der Hasenheide, die als größtes Berliner Versammlungslokal auch vielen Parteigenossen aus dem Reiche bekannt ist, konnte am 1. April auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Einstmals war diese „Neue Welt" ein beliebtes Ausflugsziel der Berliner Bevölkerung, wenn es „ins Grüne" ging. Heute befindet sich die gewaltige Anlage mit ihren fünf Sälen, die 10 000 Personen Platz bieten, inmitten von Großberlin, an der Grenze zwischen Alt-Berlin und der Arbeiterstadt Neukölln, und hat nunmehr unmittelbar vor ihren Pforten den größten zweigeschossigen Untergrundbahnhof „Hermannsplatz" der Reichshauptstadt.

Das älteste Schiff. Die dänische Galeasse „Frelhoim", die gegenwärtig noch zwischen dänischen und schwedischen Häfen verkehrt, dürfte das älteste fahrende Schiff der Welt überhaupt sein. Sie ist nämlich 1776 gebaut worden. Ein ähnliches Alter hatte der schwedische Schoner „Götalejon", der aber während des Weltkrieges das Opfer einer Miene wurde. Aber auch dieses Schiff hatte es immerhin auf 156 Jahre gebracht.

Verein der Ehemänner. In Chicago haben sich Ehemänner zu einem Verein zusammengeschlossen, um vereint die an die Frau verlorenen Rechte zurückzuerobern. Der Verein soll bereits mehrere tausend Mitglieder zählen. Jedes Mitglied übernimmt die Verpflichtung, häusliche Arbeiten nur noch im Falle der Krankheit der Frau zu verrichten, und wöchentlich einen Abend außerhalb des Hauses zuzubringen, ohne der Frau Rechenschaft abzulegen.

Radioverbindung nach Grönland. Der dänischen Rundfunkgesellschaft ist es nach langen Versuchen gelungen, eine regelmäßige Funkverbindung mit Grönland herzustellen. Dadurch ist es nun möglich, die wichtigsten Neuigkeiten der Welt täglich auf dem Funkwege nach Grönland zu geben, während bisher ihre Uebermittlung 20 Tage erforderte. Während der fünf Wintermonate war infolge des Eises überhaupt jede Schiffsverbindung unterbunden.

Ein kleptomanischer Landgerichtsrat. In Rudolstadt hatte ein Fleischermeister festgestellt, daß aus seiner Vorratskammer, die sich neben dem Laden befindet, seit einiger Zeit immer wieder Würste abhanden gekommen waren. Um den Dieb zu erwischen, wurde ein Geselle in den Vorratsraum versteckt. Gegen Abend erschien der Landgerichtsrat Dr. Zeigler im Laden und forderte Hackfleisch. Als der Fleischer, um dieses fertigzumachen, auf einige Minuten den Ladenraum verließ, betrat der Landgerichtsrat die Wurstkammer und steckte blitzschnell mehrer Würste in seine Mappe. Wie ein Erfurter Blatt dazu mitteilt, soll der beim Wurstdiebstahl ertappte Landgerichtsrat nervenleidend sein. Er wurde zur Untersuchung seines Geisteszustandes in die Irrenklinik nach Jena gebracht.

Der Bau der Okersperre. Der hannoversche Provinziallandtag beschloß einstimmig die Okersperre, die Söse-sperre mit Trinkwasserleitungen und den Ruhme-Polder unter Zugrundelegung des Westharztalsperrenprojektes zu erbauen und zur Ausführung dieser Projekte eine Gesamtanleihe von 27,7 Millionen Mark aufzunehmen. Mit diesem Beschluß ist der Weg geöffnet zur sofortigen Inangriffnahme dieses großen Kulturwerkes.

Schiffsuntergang vor Gibraltar. Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ist der spanische Dampfer „Jacinto" nach einem Zusammenstoß mit dem englischen Dampfer „Author" in der Meerenge von Gibraltar gesunken. Siebzehn Mann der Besatzung und die Frau eines Maschinisten sind ertrunken. Die Kapitän und sechs Mann wurden von einem Bugsierdampfer der spanischen Marine gerettet.

Liebesdrama. In Bofsheim (Baden) feierte der aus Eberstadt gebürtige Schreiner August Reinhardt mit seinen Bekannten Abschied. Er wollte am nächsten Tage nach Amerika auswandern. In der Abschiedsgesellschaft befand sich auch die Geliebte Reinhards, das Dienstmädchen Käthchen Wolf aus Waldwimmersbach, das sich um 12 Uhr nach Hause begab. Eine Weile später folgte ihr Reinhardt. Donnerstag früh fand man das Paar in einer Blutlache im Bette liegen: das Mädchen tot, Reinhardt bewußtlos, ebenfalls mit einer schweren Kopfwunde. Die Umstände deuten darauf hin, daß der Tat ein schwerer Kampf vorausging.

Bestätigtes Todesurteil. Der Landwirt Wilhelm Wenzel war vom Schwurgericht in Allenstein Anfang Februar gemeinsam mit dem Landwirt Duscha wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Die beiden hatten im November ein Landwirtsehepaar Jakubessa, mit dem sie in Streit geraten waren, mit einem Jagdgewehr erschossen. Während Duscha das Todesurteil angenommen hatte, legte Wenzel Revision beim Reichsgericht ein. Dieses bestätigte jedoch am Montag das Urteil des Schwurgerichts. — Ebenfalls verworfen wurde vom Reichsgericht am Montag die Revision des Seemanns Hoffmann, der im Oktober vom Schwurgericht Kiel wegen Totschlags an einem Arbeiter zu lebenslänglichem Zuchthaus und wegen versuchten Totschlags in vier Fällen und schweren Straßenraub zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Sechs Bergleute ertrunken. Auf der Schachtanlage Engelsburg in Bochum verunglückten in der Nachtschicht zum Sonntag sechs Bergleute tödlich, darunter ein Steiger. Bei Instandsetzungsarbeiten an der Seilfahrteinrichtung eines blinden Schachtes geriet der untere Traghoden des Förderkorbes, auf dem sich die Leute befanden, durch zu tiefes Einhängen in den infolge der vorangegangenen Ruheschichten teilweise mit Wasser gefüllten Schachtsumpf, so daß die Bergleute ertranken. An den neuaufgelegten Seilen waren die Fahrmarken noch nicht angebracht. Die amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

---

50 Jahre Violinvirtuose.

Professor Willy Burmester.

der weltberühmte Geigenvirtuose, dem der Senat seiner Vaterstadt Hamburg anläßlich der 50. Wiederkehr des Tages, an dem der Meister zum erstenmale öffentlich auftrat, eine hohe Ehrung zuteil werden ließ. Im Namen des Senats und der Stadt begrüßte Bürgermeister Petersen den großen Sohn Hamburgs und feierte ihn als Künstler und Menschen. Er kündigte an, daß Hamburg das Andenken Willy Burmesters durch die Benennung einer Straße mit seinem Namen ehren und für die Zukunft erhalten werde. Die Hamburger Universität hat dem Jubilar das erste Exemplar der neu gestifteten großen Medaille verliehen.

Meineids-Prozesse.

Die Jungfrau.

Die Meineidsprozesse häufen sich so stark, daß man geradezu von einem Meineidssport der Justiz reden kann. Jeder Mensch, der irgendwie mit der Justiz in Berührung kommt, muß fürchten, sich einen Meineidsprozeß auf den Hals zu ziehen. Das gilt nicht etwa nur für politische Prozesse. Ein Beispiel aus ganz anderen Verhältnissen: Eine Bäuerin aus der bayerischen Oberpfalz wurde von einem Knecht vergewaltigt. Sie wurde im Strafprozeß gegen den Knecht als Zeuge unter Eid vernommen. Der Staatsanwalt interessierte sich für ihr Vorleben. Sie sagte aus, sie sei bis 1923 Jungfrau gewesen, dann sei sie in andere Umstände gekommen. Der Staatsanwalt bezweifelte, daß die Zeugin 1923 noch Jungfrau gewesen sei. Anklage wegen Meineids. Protest vor dem Schwurgericht in Regensburg. Salomonische Entscheidung: Die Angeklagte habe zwar wohl vor 1923 Geschlechtsverkehr gehabt, da aber der Sprachgebrauch in ihrer Heimat unter Jungfrau eine jede versteht, die kein Kind habe, zum Unterschied von der reinen Jungfrau, sei sie nach dem Sprachgebrauch tatsächlich Jungfrau gewesen, wenn auch nicht reine Jungfrau, also nicht des Meineids schuldig.

Der Fall ist nett zu erzählen, geeignet zur Zerstreuung der Zeitungsleser. Der Frau ist schließlich nichts geschehen, wenn man davon absieht, daß in ihrem Vorleben herumgewühlt wurde, und der Prozeß ist schließlich wie ein Lustspiel zu Ende gegangen. Aber die Frau hatte nur Glück. Sie hätte verurteilt werden können. Zu Zuchthausstrafe, die ihr Leben hätte vernichten können. Die Staatsanwaltschaft hat sie mit der Anklageerhebung dieser Gefahr ausgesetzt.

Die Frau war das Opfer eines Verbrechens. Als Opfer wandte sie sich hilfesuchend an das Gericht. Die Staatsanwaltschaft aber hatte nichts Besseres zu tun, als gegen das Opfer eines Verbrechens mit der Meineidsklage, der Zuchthausandrohung vorzugehen. Das ist nicht mehr Rechtsschutz. Das ist die Abschreckung der Staatsbürger, Recht bei der Justiz zu suchen. Wer muß nicht fürchten, daß er selbst dem Zuchthaus verfällt, wenn er sich hilfesuchend an die Justiz wendet? Die furchtbare Maschine kann ihn blind erfassen und zermalmen.

Nun aber: Was wollte der Staatsanwalt mit seiner Anklageerhebung? Wollte er den moralpolitischen Zweck verfolgen, die Volksbräuche der Oberpfalz im Verkehr zwischen Mann und Frau aus dem Gesichtswinkel kirchlichen Muckertums mit einer Meineidsklage zu verfolgen?

•

Goldmark oder Papiermark?

Vor dem Schwurgericht Erfurt hatte sich eine 73jährige Greisin wegen Meineids zu verantworten. Sie besitzt eine kleine Bauernwirtschaft. Im Kriege hatte sie Gold gehamstert. Nun behauptet sie, sie habe im Jahre 1919 dem Geschäftsführer der Sparkasse in Großenehrich 4000 Mark in Gold eingezahlt, habe aber niemals ein Sparkassenbuch erhalten. Im Jahre 1924 erstattete sie Anzeige gegen den Geschäftsführer. Sie wird vom Untersuchungsrichter eidlich vernommen, beschwört ihre Angaben. Später nahm sie ihre beschworenen Angaben in einem Brief zurück. Der beschuldigte Geschäftsführer bestreitet entschieden, daß die Frau bei ihm Geld, noch dazu Gold eingezahlt habe. Die Folge: Meineidsklage gegen die Greisin. Schwurgerichtsverhandlung. In der Verhandlung beheuptet die alte Frau nun wieder auf das bestimmteste, sie habe 4000 Mark in Gold eingezahlt, der Geschäftsführer bestreitet ebenso bestimmt. Durch Zeugenaussagen ist keine Klarheit zu schaffen, doch gibt die Verhandlung den sicheren Eindruck, daß bei der alten Frau heillos Goldmark und Papiermark, sowie Termine und geleistete Zahlungen und vermeintliche Zahlungen durcheinandergehen. Das Gericht sprach ein Schuldig aus. Es verhängte über die Greisin eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten und 10 Jahren Ehrverlust. 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus für eine Frau von 73 Jahren! Eine solche Strafe in solchem Alter ist ein Todesurteil. Wegen Meineids. Von rechtswegen.

Wir fragen: War es nötig, gegen diese Greisin, die offenbar wirr im Kopf ist, einen Meineidsprozeß anzustrengen? Haben die Staatsanwaltschaften nichts anderes zu tun? Sind die Staatsbürger für sie nur Objekte einer Meineidsjagd? Was sagt der neue preußische Justizminister zu der Meineidsmanie, was sagt er zu diesem Urteil?

Ein Rekorddieb vor Gericht. Vor dem Schöffengericht Breslau hat sich seit Montag der 41 Jahre alte, aus Diebenhofen in Lothringen stammende Dieb Joseph Barbe wegen unzähliger Diebstähle zu verantworten. Im Laufe einer langen Untersuchungshaft hat er, angeblich um seinen Tisch zu machen rund 2000 Diebstähle zugegeben. Die Nachprüfung, die seit 1925 im Gange ist, hat nahezu restlos die Richtigkeit der Angaben des Angeklagten ergeben. Er hat wahllos alles zusammengestohlen, was er erreichen konnte: 187 Fahrräder, Richterlaiare des Oberlandesgerichts, Gebetkränze eines Franziskanerklosters, Handtücher, Thermometer und Seife sowie Kleidungsstücke aus Volksschulen, Pelze aus Theatergarderoben, Bestecke aus Restaurants, Schreibmaschinen, Instrumente von Aerzten usw. Seine Beute machte er zumeist mit Hilfe von Hehlern zu Geld.

König Ferdinands Zustand hoffnungslos. Der Zustand des rumänischen Königs gilt nach den letzten Nachrichten aus Bukarest als hoffnunslos. Man befürchtet am Montag, daß er den Tag kaum mehr überleben wird, zumal er schon seit mehreren Stunden besinnungslos war. Gerüchtweise verlautet, daß der frühere Kronprinz Carol Paris verlassen und sich nach Bukarest begeben hat.

Fabrikexplosion bei Berlin. Im Mischhaus der Feuerwerkskörperfabrik von Deichmann in Malchow b. Berlin entstand am Montag nachmittag gegen 3 Uhr eine starke Explosion, durch die zwei Häuser zerstört wurden. Der 18 Jahre alte Arbeiter Walter Herzog, der allein im Gebäude war und auf den wahrscheinlich die Explosion zurückzuführen ist, hat den Tod gefunden. Der Sachschaden dürfte 15—20 000 ℳ betragen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Hörsing spricht in Berlin.

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird am Montag, 11. April, in einer großen öffentlichen Versammlung, die das Reichsbanner im Sportpalast veranstaltet, sprechen und bei dieser Gelegenheit grundsätzliche Ausführungen über die Stellung des Reichsbanners zu den gegenwärtigen politischen Fragen machen. Auch bekannte Führer der Demokratischen und Zentrumspartei werden in dieser Versammlung das Wort ergreifen.

Kreis Oschersleben.

Ortsgruppenleiter, Kameraden! Am zweiten Osterfeiertag wird für den Kreis Oschersleben ein

Sternmarsch nach Neuwegersleben.

angeordnet. Dort wird eine große öffentliche Kundgebung für die Republik veranstaltet.

Alle Ortsgruppen haben sich in voller Stärke so in Marsch zu setzen, daß sie pünktlich vormittags um 11 Uhr in Neuwegersleben eintreffen. Keine Ortsgruppe darf fehlen, und auch nicht später eintreffen.

Die Kreisleitung.

Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender. — —

Mittwoch, 6. April.

Berlin. 8.30: Ost- und Westpreußen. 10.30—12.30: Tanzmusik. **Königswusterhausen.** 12—12.30: Einheitskurzschrift für Schüler. 12.30—12.40: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. 2.30—3: Generaldirektor Urban: Vom Flachs zum Leinen. 3.30—4: Einheitskurzschrift für Anfänger. 4—4.30: Dr. R. Moll: Chinesische Jugend und chinesische Schule. 4.30—5: Englisch für Fortgeschrittene. 5—5.30: Prof. Dr. Kurt Krause: Pflanzenanatomie. 5.30 bis 6: Kapellmeister Arnold Ebel: Die geschichtliche Entwicklung der Passionsmusik. 6—6.30: Gewerbeoberlehrer Meier: Flächen- und Raumrechnung (für Facharbeiter). 6.30—6.45: Englisch für Anfänger. 6.55—7.20: Präsident Dr. Brandes: Produktionsziele der deutschen Landwirtschaft. 7.20—7.45: Regierungsrat Dr. Krammer: Die Kultur Europas im Zeitalter der Renaissance und Reformation. 8.30—12.30: Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 4.30—6: Nachmittag für die Jugend (von Dresden). 8.15: Balladen-Abend (Orchester, Gesang und Rezitation).

Hamburg. 8: Abtanzball der Norag (Buntes Programm).

Stadt-Theater vom 5. bis 8. April

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8-10½ Uhr (Fr. I)	8-10 Uhr (Fr. I)	8-10½ Uhr (Fr. I)	8-10 Uhr (Fr. I)
Das Glöckchen des Eremiten Komische Oper von Auliart	Stiefmama Lustspiel von Altenfeld und Frank	Die Marquise von Arcis Schauspiel von Sternheim	Auktion der Tugend Komödie von Lütge

Gestern abend entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Frau Auguste Wesche

geb. **Timner**

im 83. Lebensjahre.

Halberstadt, den 5. April 1927.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Familie Wesche, Blankenburg,
Familie Stridde, Ullrich
und Bruns, Halberstadt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.

Nach längerem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden entschlief gestern abend 1/4 6 Uhr, unsere liebe gute Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter, die Witwe

Auguste Fehrecke

geb. **Harpke**

im 77. Lebensjahre.

Halberstadt, den 5. April 1927
Wernigerödestr. 46

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 1/4 4 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zur **Konfirmation** unseres Sohnes **Karl-Heinz** sagen wir allen

unseren herzlichsten Dank!

Bäckermeister **Hermann Werner**
und Frau.

Für die uns in überreichem Maße ausgesprochenen Glückwünsche und überbrachten Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Lotti**

danken Allen herzlichst

Fleischermeister Otto Franke u. Frau

Für die uns anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes

Fritz

erwiesenen Aufmerksamkeiten **danken wir herzlich** **Fritz Stauch und Frau**

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Erich** sagen wir allen unseren

herzlichsten Dank

Klempnermeister Karl Hartmann u. Frau

Für die uns zur Konfirmation unseres Sohnes **Hermann** in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche, Blumenspenden und Geschenke sagen wir Allen auf diesem Wege

herzlichsten Dank.

Hermann Müller und Frau
Wehrstedt.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes **Werner** **danken recht herzlich**
O. Else und Frau

Für die uns zur Konfirmation unserer Tochter **Elriede** in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten u. Glückwünsche sagen wir hierdurch unseren **herzlichsten Dank.**
W. Glaier und Frau
Richard Wagnerstraße 30.

PATENTBÜRO BÖHME
HALBERSTADT, BREITEWEG 29

Sämereien

gut keimend und ertragreich. 150 Sorten für Feld u. Garten vorrätig.

Bewährte Mittel zur Pflanzen-Schädlings-Bekämpfung

Carl Weissenborn Nachfolger

Breiteweg 46. Gröperstraße 26.

Synagogen-Gemeinde.

Heute Dienstag abend 8½ Uhr:

Vortrag

des Herrn Rabbiner Dr. Auerbach im Casino über

„Dinim von Pesach".

Der seiner Zeit verschobene Vortrag von

Kaplan Fahsel

über

Staatsidee u. Weltanschauung

findet nunmehr bestimmt am

Sonntag, den 10. April, nachmittags pünktl. 4 Uhr im „Elysiumsaal" statt.

Eintrittspreise: Loge 3,00, num. Saalsitze 3,00 u. 2,00, unnum. Platz 1,00. Stehplatz 50 Pf.

Es sind nur noch wenig numerierte Plätze verfügbar! Man sichere sich Karten im Vorverkauf:
Buchhandlung Schönherr, Zwicken 1.

Die schönsten modernen

Tapeten

liefert in großer Auswahl zu billigst. Preisen

Walter Helmecke, Judenstraße 31

Täglich frische Flomen Pfd. 1.05

Augner, Fischmarkt 2, Fernruf 1698.

Für die uns zur **Konfirmation** unserer Tochter **Hildegard** erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken wir herzlich!

August Altermann und Frau Marga geb. Heintze.
Domplatz 46.

Plüsch-Sofas, Kleider-Schränke, Bettstellen mit Matratze, vollständ. gute Federbetten, Küchen und anderes mehr zu verkaufen

DANNEBERG
Westendorf 6.

Neue Formen der Frühjahrsmode

2000 neue Modelle zum Selberschneidern nach Ullstein-Schnitten

Modelle in Papier ausgestellt
bei
WILLY COHN

DruckSachen

für Handel, und Gewerbe, Vereine Behörden u. jeden anderen Bedarf liefert billigst die Buchdruckerei des **„Halberstädter Tageblatt".**

Sil

zum Bleichen ohnegleichen!

Zur Frühjahrs-Bepflanzung!

Empfehle in reichhaltiger Auswahl

Obstbäume u. Sträucher

sowie alle Arten von Dauer-Gewächsen und Rosen-Neuheiten in den schönsten Sorten und Farben.

Empfehle mich zur Ausführung von Haus- u. Vorgärten

Ad. Richard jun.,
Am Berge 2.

Merz'sche Salbe gegen Flechten
Merz'scher Blutreinigungstee
Rats-Apotheke.

Arbeiter-Sport-Kartell
Halberstadt

Großer

Bühnen-Sport-Werbe-Abend

am Freitag, den 8. April 1927, abends 8 Uhr im großen Stadtparksaal.

Sämtliche Arbeiter-Sport-Vereine wirken mit. Ganz Neues, bisher noch nicht Gezeigtes, wird geboten. Versäume niemand, diesen interessanten Abend zu besuchen.

Kassenöffnung 7 Uhr. **Anfang 8 Uhr.**

Vorverkauf in den Konsum-Verkaufsstellen.

Programme im Vorverkauf 50 Pfg. **Programme im Vorverkauf 50 Pfg.**

Der Vorstand.

Eine mitteljährige

Fuchsstute

Ostpreuße, steht preiswert zum Verkauf

Karl Hannig, Landw., Gr. Alsleben
bei Oschersleben (Bode).

Mittwoch mittag trifft ein Transport

Ferkel u. Futterschweine

ein.

Hartmann,
Wehrstedt. Telef. 825.

כשר

Mittwoch, 9½ Uhr ab

Fleisch-Verkauf

prima Hammelfleisch

Adolf Ebeling,
Voigtei 28/30,
Tel 1904. Tel 1904

Gegen Geschwüre

Wunden, Ausschläge, offene Füße, Hautflechten u. and. Wunden hat Dr. Sprangers Heilsalbe vielen geholfen. Jede Apotheke führt sie. Viele Dankschreiben.

Dr. Sprangers Heilsalbe
Packung 50 A

Ueberwinterte

Gemüse-Pflanzen

Blumenkohl, Kohlrabi, Weiß-, Wirsing- und Rotkohl.

Kopfsalat-Pflanzen, Spargel-Pflanzen, allerlei Blütenstauden

Fliegendes Herz, Nelken, Primeln, Tausendschön usw. empfiehlt preiswert

Gärtnerei Weber,
Rabahne 2.

Feld- und Garten-Sämereien

Darnluff, Blumendünger, Bast, Baumwachs, Obstbaumkarbolineum, Unkrautvertilgungsmittel.

Fritz Bösche
Breiteweg 11/12.

Fußbodenöl,

Ia helle Ware, Pfd. 40 Pf.

Möbel- u. Türenlacke
Schablonen

in großer Auswahl

Willi Behrens,
Lacke und Farben
Dominikanerstraße Nr. 25

Auto-Fahrschule
Willi Duhme

Eintritt jeder Zeit. Auch Ausbildung ohne Berufsstörung bei günstigen Zahlungsbedingungen für Erwerbslose.

Möbelpolitur

Rats-Apotheke.

Reiner

Fichtennadel-Extrakt

Große Flasche Mk. 1.20

F. C. Günther, Drogerie

Landwirte - Siedeler

Mansfeld's Geflügelhof

vor den Thekenbergen.

Zuchtstation des V. D. G.

Telefon 1090

liefert

Küken jeden Alters, jeder Menge
rebhuhnf. Italiener von 1.00 Mk. an
weiß. amerik. Leghorn von 1.00 Mk. an
rote Rhodeländer von 1.30 Mk. an
erstkl. Zucht- und Legetiere, Hallenmeister-Kontrolle

Kreuzungs-Küken von 75 Pfg. an

Mehrere Ziegen

z. verk. Harsleben 275.

Freundlich möbliertes

Zimmer

von Herrn gesucht. Angebote mit Preisangabe unter K. 86 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Suche Hausteil oder Garten

zu kaufen. Angebote unter S. 85 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Bestes

Bohnerwachs

ausgewog., Pfd. 80 Pfg.

F. C. Günther, Drogerie.

Kleine Anzeigen

wie Verkäufe, Kaufgesuche, Stellengesuche und -Angebote, Vermietungen usw. haben den weit

größten Erfolg

im

Halberstädter Tageblatt.

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 81. Mittwoch, 6. April 1927. 2. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 5. April.

Kapital-Abfindungen für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen.

Im neuen Reichsversorgungsgesetz von 1920 finden die Bestrebungen, den Kriegsbeschädigten oder die Kriegerwitwe anzusiedeln und ihren Besitz zu erhalten, in den §§ 72—85 ihren Niederschlag.

Wie sehr das Streben nach Eigenbesitz die Kriegsbeschädigten und die Kriegerwitwen erfaßt hat, zeigte sich bald nach Herstellung der festen Währung durch Einführung der Rentenmark in der plötzlich einsetzenden Zahl der Anträge auf Kapitalabfindung, die wider Erwarten durch die seitdem verflossenen Jahre angehalten und bis heute so zugenommen haben, daß die Hauptversorgungsämter bei verringertem Personalbestand nur mit Mühe die Flut der Anträge zu bewältigen vermögen.

Wenn auch die verantwortliche Entscheidung über die Anträge ganz den Hauptversorgungsämtern obliegt, so war doch nicht zu vermeiden, daß ihre sorgliche Prüfung zwei gesonderten Behörden übertragen werden mußte, denen der Versorgung und denen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Prüfung der Rüßlichkeit der beabsichtigten Verwendung des Kapitals kann nicht von dem in der Provinzhauptstadt belegenen Hauptversorgungsamt, sondern naturgemäß nur von dem am Wohnsitz des Antragstellers befindlichen oder doch ihm nahegelegenen Bezirksfürsorgeverbande unter Heranziehung der örtlichen Behörden vorgenommen werden. Durch diese Beteiligung mehrerer Behörden ergibt sich ohnehin schon ein gewisser Zeitbedarf für die Erledigung der Anträge, wie er in dieser Weise allen übrigen Gebieten des Versorgungswesens fremd ist. Hinzu kommt die Notwendigkeit, die Prüfung im Interesse der Antragsteller selber sehr eingehend vorzunehmen. Diese Notwendigkeit wird in den Kreisen der naturgemäß auf schnellen Abschluß ihres Verfahrens drängenden Beschädigten und Witwen vielfach verkannt. Es handelt sich oft um Antragsteller von geringer Erfahrung, die rettungslos Opfer einer gewissenlosen Grundstücksspekulation würden, wenn nicht die Fürsorgestellen die Zweckmäßigkeit des Bauvorhabens, des Hauskaufes, ihre Finanzierung (denn außer der Kapitalabfindung müssen zumeist noch andere Geldquellen erschlossen werden), aber auch die persönliche Eignung des Antragstellers sorgfältig ermitteln würden. Diese Arbeit der Fürsorge ist von größter Bedeutung. Jedes falsch angebrachte Wohlwollen, eine Ueberschätzung des Grundstückswertes, das Hinwegsehen über vorhandene Bauschäden, eine Verkennung der Eignung des Antragstellers für die mit einem Grund- und Hausbesitz verbundenen Aufgaben, können für den Antragsteller sich später zu einer wirtschaftlichen Katastrophe auswachsen, wobei der Verlust von rund zwei Drittel seiner früheren monatlichen Rente für Lebenszeit noch nicht das ärgste Unglück ist.

Für die Fürsorgebehörden steht aber im Vordergrunde die Pflicht, einer Gefährdung der Existenz der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen auf jeden Fall vorzubeugen. Daraus erhellt, daß die Ergebnisse ihrer Prüfung eines Kapitalabfindungsantrages und ihre etwaigen Bedenken gegen einen solchen von den Hauptversorgungsämtern um des Antragstellers und seiner Zukunft willen sehr beachtet werden, und da andererseits ein Hauptversorgungsamt zur Ablehnung eines Antrages erst dann schreiten wird, wenn es in oft wiederholtem Meinungsaustausch mit den Fürsorgeverbänden ein klares und zwar hoffnungsloses Bild des Antragstellers und seines Bau- oder Kaufvorhabens gewonnen hat, so ergibt sich für die Bearbeitung vieler Anträge ein sich oft durch viele Wochen erstreckender Zeitbedarf. Er liegt in der Natur der Sache. Er ist entstanden aus der Sorge um den Beschädigten selber. Es wäre erwünscht, wenn die Antragsteller diese Umstände würdigen und von der Behörde nicht unmögliches verlangen würden.

Die Versorgungsbehörde, die die Rentenberechtigung der Antragsteller nach ihren Akten festgestellt und durch Untersuchung sich (bei Beschädigten) über den voraussichtlich auf die Dauer bestehen bleibenden Mindestgrad ihrer Erwerbsminderung, bei allen über nicht etwa in baldiger Zeit zu erwartendes Ableben vergewissert hat, gibt unverzüglich die Unterlagen an den in Frage kommenden Bezirksfürsorgeverband zur Prüfung der nützlichen Verwendung des beantragten Kapitals. Die Antragsteller können den Fürsorgestellen ihre schwierige Aufgabe erleichtern durch Vereitstellung aller zur Beleuchtung ihrer Familien- und Vermögensverhältnisse, ihres Bau- oder Kaufvorhabens, der Lage, Beschaffenheit, Belastung des erstrebten Grundstücks, ihrer finanziellen Mittel, dienlichen Unterlagen und im übrigen durch rege, womöglich persönliche Fühlungnahme mit diesen Stellen. Damit tragen sie wesentlich zur Beschleunigung des ganzen Verfahrens — dem eine gewisse Umständlichkeit notwendigerweise anhaftet — bei.

Voraussetzung bleibt natürlich immer, daß der Antrag nichts dem Willen des Gesetzes Entgegenstehendes erstrebt. Und da ist allen Beschädigten und Witwen bekannt, daß die Kapitalabfindung nicht zur Einrichtung von Handels- und Gewerbebetrieben, auch nicht zum Erwerb von Mietskasernen, aus deren Mietsertrag man zu leben glaubt, bestimmt ist, sondern zur Siedlung und Seßhaftmachung auf eigener Scholle. Bei erstrebter wirtschaftlicher Stärkung eines Besitzes sind die Grenzen zwischen einer solchen und einer gewerblichen nicht immer leicht zu erkennen. Die örtliche Fürsorge wird — wie stets — den Antragsteller darin beraten.

Himmelserscheinungen im April.

Der April ist der Monat, in dem vor alters auf unserer nördlichen Halbkugel das Frühlingsfest gefeiert wurde, an dessen Stelle jetzt das Osterfest im Kalender steht. Heute noch wie damals sind wir dabei vom Mond abhängig, feiern eigentlich immer noch das Frühlingsvollmondfest.

Die Sonne überschreitet nach dem Kalender am 21. April die Grenze des Widderzeichens und begibt sich in das Zeichen des Stieres. In Wirklichkeit wandert sie vom Sternbild der Fische in das Sternbild des Widders und steht am 17. unterhalb von dessen Hauptstern Homal.

Von den Planeten finden wir am Morgenhimmel den Jupiter im Sternbilde der Fische; er gewinnt schließlich bis zu zwei Stunden Vorsprung vor der Sonne. — Merkur erreicht am 10. seinen größten westlichen Seitenabstand vom Tagesgestirn; trotzdem ist er wegen seiner geringen Höhe über dem Horizont kaum aufzufinden. — Uranus hat eine ähnlich ungünstige Stellung, so daß auch er kaum mit Nutzen aufgesucht wird.

Am Abendhimmel strahlt vor allen Venus außerordentlich hell und beherrscht den ganzen Südwesthimmel. Am 4. kommt sie mit der zarten Sichel des jungen Mondes zusammen und wird dann mit ihm zusammen einen besonders reizvollen Anblick bieten. Im Verlaufe des Monats durchwandert die Venus fast das ganze Gebiet des Stieres.

Mars zieht über die Grenze des Stieres in das Gebiet der Zwillinge hinüber. Mit wachsender Entfernung wird er immer lichtschwächer. Seine Untergangszeit liegt noch nach Mitternacht. Am Nachmittag des 7. hat er eine Zusammenkunft mit dem Mond. — Saturn bewegt sich rückläufig über Antares, den Hauptstern des Skorpions hinweg. Seine Aufgangszeit geht von 11½ auf 9½ Uhr nachts zurück. Leider wird er jetzt für sehr lange Zeit nahe der tiefsten Stelle des Tierkreises stehen, so daß wir uns schon in dieser Sichtbarkeitsperiode daran gewöhnen müssen, den Ringplaneten stets in ganz geringer Höhe über dem Horizont zu suchen. — Neptun, nahe Regulus, ist noch den größten Teil der Nacht über mit bewaffnetem Auge zu beobachten.

Der Mond ist wie im Vormonat zunächst als Neumond (2. April) unsichtbar. Am 9. zeigt er sein Erstes Viertel und am 17. haben wir Vollmond. Das Letzte Viertel folgt am 24. April.

Ein besonders interessantes Himmelsschauspiel bietet uns im zweiten Monatsdrittel der periodische Sternschnuppenfall der Lyriden. Diesen Namen führen jene Sternschnuppen, weil sie aus der Leyer, lateinisch = Lyra, herzukommen scheinen. Sternschnuppen sind Metallstäubchen, die in unsere Erdatmosphäre gerieten und dort durch Reibung infolge der schnellen Bewegung glühend werden. Wenn wir sie aufleuchten sehen, befinden sie sich in etwa 120 Kilometer Höhe.

Kurd Kißhauer in der empfehlenswerten proletarischen Bildungszeitschrift „Urania".

Preußens Heilanstalten im Jahre 1925.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Uebersicht der Statistischen Korrespondenz über die allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1925 (ohne das Saargebiet) entnimmt, betrug die Zahl der allgemeinen Heilanstalten 2210 gegen 2195 im Vorjahr. Geschlossen wurden 24 Anstalten, dagegen traten durch Neu- und Wiedereröffnung 39 hinzu. Die Vermehrung der Anstalten beruht wohl zum größten Teil auf der Wiederkehr geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse nach beendeter Inflation.

Die Zahl der Betten ist von 206 516 auf 214 127 gestiegen. Auf 10 000 Einwohner standen 56,3 Krankenbetten gegen 54,8 im Vorjahr zur Verfügung. Die Zahl der Kranken stieg von 1 606 178 auf 1 884 417 und übertraf mit 17,3 v. H. den Zuwachs des Jahres 1924 gegenüber dem Jahre 1923 mit 6,1 v. H. bei weitem. Auf 10 000 Einwohner entfielen insgesamt 495,2 Verpflegte gegen 426,1 des Vorjahres. — Auch die Verpflegungstage folgten der allgemeinen Steigerung der Anstaltstätigkeit. Ihre Zahl betrug 56 479 340 gegen 48 851 834 im Jahre 1924; es ergab sich also eine Mehrleistung von Verpflegungstagen in Höhe von 15,6 v. H. Mit der steigenden Zahl der Kranken hat auch die Zahl der Gestorbenen zugenommen: sie betrug 94 971 gegen 88 836. Trotzdem ist die Anstaltssterblichkeit von 5,5 auf 5,04 v. H. der Verpflegten zurückgegangen.

Jugendgericht — nicht Amtsgericht.

(Entscheidung des Kammergerichts.)

Nachdruck verboten.

Der Schreinerlehrling W., welcher die Berufsschule in Enniglob besucht hatte, war zur Verantwortung gezogen worden, weil er trotz Verwarnung den Unterricht in der Berufsschule durch Lachen und Schwatzen gestört habe. Der Amtsrichter in Oelde verurteilte den in Rede stehenden Burschen zu einer Geldstrafe, weil er gegen die Ortssatzung für die Berufsschule durch sein ungezogenes Verhalten verstoßen habe. Gegen seine Verurteilung legte sein Vater Revision beim Kammergericht ein und beantragte unter Aufhebung der Vorentscheidung seine Freisprechung. Der 1. Strafsenat des Kammergerichts hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Jugendgericht zurück und führte u. a. aus, da W. zu den jugendlichen Personen zu rechnen sei, so habe das Jugendgericht Entscheidung zu treffen, welches aus einem Vorsitzenden und zwei Schöffen zusammengesetzt sei. Die Vorentscheidung enthalte einen Fehler, welcher mit der Gerichtsverfassung zusammenhänge und von Amtswegen zu beachten sei.

Unheilbar.

Erzählung von Konrad Telmann.

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Es lag etwas sonderbar Hastiges in dieser Frage, als ob der Sprecherin der Atem dabei ausgegangen sei.

„Nach menschlicher Berechnung: ja".

Holthoff sah das Mädchen dabei an. Sie war stehen geblieben und hatte unwillkürlich die Hand auf die linke Brust gelegt, eine heiße Röte überflammte ihr Antlitz.

Nach einer Weile erst sagte sie, gesenkten Hauptes langsam ihren Weg fortsetzend: „Die arme, unglückliche Käthe! Und was muß Herr Berndt unter dieser furchtbaren Gewißheit leiden! Auch das Kind ist schwer zu beklagen. Dieses Kind kann, glaube ich, nur durch Liebe geleitet werden und entbehrt die Mutter schmerzlicher als hundert andere".

„Sie gewähren ihm ja die Liebe, nach der es verlangt", sagte Holthoff.

„Soviel ich vermag, ja. Aber das Kind bedarf einer wirklichen Mutter. Und überdies — vielleicht haben Sie davon gehört — ich werde vielleicht schon bald aus diesem Hause scheiden".

„Ich habe davon gehört, aber ich wollte es nicht glauben. Es schien mir im Widerspruch zu allem zu stehen, was ich von Ihnen gesehen und vernommen".

„Ich muß". Sie sagte das mit ruhiger Entschiedenheit in einem Tone, der jeden Widerspruch auszuschließen schien. Und Holthoff fragte nicht weiter. Sie hatten das Haus erreicht und sich mit den andern vereinigt. Nur sekundenlang durchblitzte Holthoff noch der Gedanke: Vielleicht liebt sie ihn so leidenschaftlich, daß sie schon nur deswillen, nur ihrer eigenen Herzensruhe willen sein Haus meiden muß; er hat von jeher, ohne es zu wollen, alle Weiberherzen im Sturm erobert.

Dann kam die Trennungsstunde für Holthoff. Er hatte noch einen Imbiß eingenommen, der schon auf Asta Tarnows frühere Weisungen hin bereit stand, als sie das Haus betraten, dann führte ein leichter Wagen ihn und Berndt dem Bahnhof zu. Beim Abschiede hatte der Doktor, Astas Hand mit warmem Druck umschließend, gesagt: „Ich nehme trotz allem die Hoffnung mit mir, daß Sie Ihren Entschluß nicht ausführen werden, Fräulein, ich muß es hoffen". Dann hatte sie ihm nur noch mit einem schmerzlichen Zucken ihrer Brauen erwidert.

Als die beiden Männer den Bahnhof erreichten, war Holthoffs Zug bereits eingefahren. Der Doktor konnte sein leichtes Handgepäck einlösen und den Wagen gleich besteigen. Als er's getan hatte und Berndt ihm noch einmal, an der offenen Tür stehend, die Hand hinaufreichte, sagte er: „Laß mich bald Gutes, das einzig Gute hörend, lieber Alter, ja?"

Berndt starrte düster vor sich hin. Dann trat er plötzlich auf den Wagentritt, preßte Holthoffs Hand mit heißem, leidenschaftlichem Druck in der seinen und raunte ihm mit heiserer Stimme zu: „Holthoff, und wenn sie nun doch noch einmal wieder gesund würde! Ist das nicht eine Vorstellung, die den Ruhigsten zum Irrsinn treiben könnte?"

Seine Augen bohrten sich glühend in die des Doktors, der ruhig den Kopf schüttelte. „Es ist unmöglich, Lieber, Bester, es ist ja unmöglich! Nimm Vernunft an!"

Es war keine Zeit zu weiterem. Der Schaffner kam, die Türen flogen zu, das Abfahrtssignal erscholl. Noch ein Winken mit der Hand, ein Hutschwenken, und der Zug verließ prustend und fauchend die Bahnhofshalle, um ins offene Land hinauszujagen. Berndt war allein. Er strich sich ein paarmal mit der Hand über die Stirn hin, wie wenn er etwas von dort wegscheuchen wolle, dann trat er langsam den Heimweg an. Er ging so gebeugt, als ob er eine schwere Bürde auf seinen Schultern trüge, und hob die Augen nicht ein einziges Mal vom Boden auf. Es war fast dunkel, als er in seinem Hause anlangte. Die beginnende Nacht stimmte ihn noch trüber, als der sonnige Tag es vermocht hatte, das ganze Gefühl seiner Vereinsamung legte sich über ihn, wie mit kalter Schwere. Die Kühle des Hauses wehte ihm mit einem Schauer entgegen, der ihn leise erbeben machte.

Erst als er in das traulich erhellte Eßzimmer hinüberging, da die gewohnte Stunde des Abendessens da war, überhauchte es ihn wieder mit milder Wärme. Asta und Leonie hatten schon auf ihn gewartet. Das Mahl wurde Berndt durch das anmutige Geplauder des Kindes und durch Astas freundlich-verständige Bemerkungen gewürzt. Als Leonie zu Bett gehen sollte, ließ Asta sie vorausgehen und zog dann einen offenen Brief hervor, den sie Berndt hinüberreichte. „Ich erhielt ihn heute mit der Abendpost", sagte sie, „bitte, lesen Sie ihn. Er erspart mir viele, peinvolle Worte". Dann ging sie.

Berndt faltete das Blatt auseinander und las:

„Geliebte Tochter! Ich kann nicht glauben, daß du es mir wirklich antun wirst, noch länger zu bleiben, was mich dein letzter Brief, der so voll von Bedauern für Herrn Berndt und von Liebe für deine kleine Schutzbefohlene ist, fast befürchten lassen sollte. Ich habe dir doch nun wiederholt und eindringlich vorgestellt, weshalb es unumgänglich notwendig ist, das Haus des Herrn Berndt so bald als irgendmöglich zu verlassen. Dein guter Ruf ist bei längerem Bleiben in ernstester Gefahr, mein Kind. Uebersieh dies doch ja nicht und bedenke wohl, daß es für ein armes Mädchen überhaupt kein wertvolleres Besitztum in der Welt gibt als dieses. Herr Berndt selber muß dir, wenn er ein Ehrenmann ist, zum Gehen raten und einsehen, daß dies eine Forderung der Sitte ist. Daß du damals in sein Haus gingst, war erklärlich und eine gute Tat von dir, aber du gingst nur für die erste Zeit zur Aushilfe und Stellvertretung. Hätte man schon damals ahnen können, daß die unglückliche Frau Berndt für immer geistesgestört bleiben würde, so hätte ich natürlich gleich von vornherein darauf dringen müssen, daß du nur bis zu dem Tage bliebst, wo Herr Berndt definitiv eine andere Einrichtung getroffen hatte, um seinem Hause eine weibliche Stütze zuzuführen. So aber hat es sich nur allzusehr in die Länge gezogen, und ich bin recht besorgt um dich. Wie die Dinge jetzt liegen, ist Frau Berndt als unheilbar so gut wie gestorben und Herr Berndt kann jeden Tag eine neue Ehe schließen. Er muß also als ein junger Witwer gelten, für den die Trauerzeit vorüber ist. Im Hause eines solchen aber darf ein junges Mädchen aus guter Familie, ein so hübsches Mädchen, vor allem, wie du es bist, nicht verweilen, oder ein unauslöschlicher Makel bleibt an ihr haften. Du willst das nicht glauben, möchtest dich wohl gar über die Meinung deiner Mitmenschen erheben und gegen das Urteil der Welt Front machen. Das aber geht nun einmal nicht, am allerwenigsten für ein Mädchen in unsern Ständen. Die schon von vornherein immer über die Achsel angesehen wird. Und wenn du selbst dich nicht den Anschauungen der Menschen fügen möchtest, weil du nun einmal deinen eigenen Kopf hast, so mußt du es doch schon deiner armen, alten Mutter zuliebe tun, die sonst das Schlimmste argwöhnen würde, wenn du trotzig bleibst. Nicht wahr, du läßt dir das nicht noch einmal sagen? Mag es dir auch noch so schwer werden, deine übernommenen Pflichten nun mit einem Mal abzubrechen und aufzugeben, ich verlange dies dennoch um deines eigenen Besten willen mit vollster Entschiedenheit von dir, ich bitte dich darum so innig, wie es nur irgend eine Mutter vermag. Laß mich nicht vergeblich flehen! Ich vertraue auf dein weiches Herz und auf deine oft erprobte Kindesliebe. Laß mich baldigst Gutes hören! Immer in treuer Sorge deine Mutter".

Berndt hatte den Brief zu Ende gelesen, faltete ihn wieder zusammen und steckte ihn zu sich. Er mochte Astas Rückkehr nicht hier erwarten. Was hätte er ihr auch sagen sollen, wenn er ihr den Brief zurückgab? Ein leiser Seufzer entrang sich seinen Lippen, als er aufstand, um in sein Zimmer hinüberzugehen.

Hier war es dunkel und einsam. Berndt lehnte den Kopf an die Fensterscheiben und blickte lange träumend in den Garten hinaus. Sein vergangenes und zukünftiges Leben zog in wechselnden Bildern an seiner Seele vorüber. Und er konnte den Gedanken nicht fassen, daß er allein, daß sein mutterloses Kind allein bleiben solle. Es war eine erdrückende Enge und Schwüle um ihn her. Er riß das Fenster auf und sog mit tiefen Atemzügen die erquickende Kühle ein, die draußen aus Büschen und Bäumen aufstieg. Das erleichterte ihn. Dann sah er plötzlich etwas Helles zwischen dem dunkeln Laub aufleuchten, und als er schärfer hinblickte, unterschied er ein Frauengewand. Es mußte Asta sein, die noch einen abendlichen Gang durch den Garten machte. Berndts Herz klopfte plötzlich rascher. Er dachte daran, daß er ihr den Brief zurückgeben müsse und daß sie seine Antwort auf die unausgesprochene Frage, die in der Ueberreichung des Briefes lag, noch heute erwarten möge. Diese Frage lautete ja offenbar: Darf ich also morgen — darf ich in den nächsten Tagen gehen? Ich kann nicht anders.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270406-12/fragment/page=0005

Erhöhung der Hauszinssteuer.

Ein Fünftel mehr als bisher.

Nachdem mit Wirkung vom 1. 4. 1927 ab die gesetzliche Miete erhöht worden ist, hat der Hauptausschuß des Preußischen Landtags beschlossen, daß im Rahmen dieser Mieterhöhung mit Wirkung vom gleichen Tage ab die preußische Hauszinssteuer für alle Grundstücke, die bisher mit einem Steuersatz von 1000 v. H. der Grundvermögenssteuer veranlagt waren, auf 1200 v. H. erhöht wird, so daß also für diese Grundstücke erstmalig am 15. April d. J. ein Fünftel mehr als bisher zu zahlen ist. Alle anderen Grundstücke bleiben von der Erhöhung der Steuer verschont.

Der Höchstsatz (1200 v. H.) ermäßigt sich auf Antrag für Grundstücke, die am 31. 12. 1916 mit über 40, aber nicht mehr als 60 v. H. des Friedenswertes belastet waren, und zwar je nach der Höhe der Belastung bis auf 1000 v. H. Eine Ermäßigung auf 1000 v. H. erfolgt auf Antrag auch für die vom Eigentümer selbst genutzten Gebäude oder Gebäudeteile, sofern die Grundstücke mit mehr als 45 v. H. belastet waren. Näheres über die Stellung der Anträge wird demnächst von den Gemeinden öffentlich bekanntgegeben.

— **„Die Tragödie eines Verlorenen"**, ein deutscher Kriminal-Großfilm wird heute Dienstag, Mittwoch und Donnerstag in den Schloß-Lichtspielen gezeigt. Knorke geht es darin zu. Liebe nie hemmungslos — sonst fühlst du wie er den Schmerz. Der Fall interessiert und widerspruchslos folgt das Publikum der Handlung. Licht und Schatten werden so verteilt, daß der spannende Inhalt nicht einen Augenblick an Wirkung verliert. Der Mann mit der doppelten Außenfassade wird von Alfred Abel gespielt, der die Widersprüche wohltuend ausgleicht. Rudolph Arthur Robert als Gentlemangauner ist sehr gut und wird hervorragend von seinem Kumpan aus dem „tiefsten Rußland" Curt Gerron assistiert. Helga Molander ist anmutig und hübsch und lieb wie immer. Der Film wird überall großen Anklang finden und die Besucher äußerst zufrieden stellen. Das Beiprogramm ist nicht nur belehrend, sondern auch recht vergnüglich. Die beliebte Deulig-Woche fehlt natürlich nicht in dem bestens zu empfehlenden Spielplan.

— **Arbeiter-Sängerkartell.** Auf die am Mittwoch abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus „Monopol" stattfindende Generalprobe der Sangeschöre wird nochmals besonders hingewiesen. Darnach findet eine Sitzung des Sängerkartells statt, wozu das Erscheinen der Delegierten sowie Vereinsvorstände erwünscht ist.

— **Reichsbanner.** Die Uebungsstunde des Spielerkorps fällt morgen aus, da die Hauptprobe der Vereinigten Arbeiter-Gesang-Vereine für das am 14. April stattfindende Beethoven-Konzerts ist.

* **Die Bewilligung von Konzessionen nach der Gewerbeordnung.** In einem Runderlaß des sPreußischen Ministers des Innern über die Bewilligung von Konzessionen nach § 33 der Gewerbeordnung werden in Milderung der bestehenden Grundsätze Anordnungen getroffen, denen der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes entnimmt: Bei Anträgen auf Erteilung der Konzession zum Betrieb einer Gastwirtschaft allein ohne Schankwirtschaft bleibt die Anerkennung des Bedürfnisses dem pflichtgemäßen Ermessen der Ortspolizeibehörden überlassen. Bei Anträgen auf Neubewilligung einer Konzession zum Ausschank von alkoholhaltigen Getränken ist die Bedürfnisfrage nach strengsten Grundsätzen zu prüfen, wobei gegebenenfalls auch die Erfordernisse des Fremdenverkehrs zu berücksichtigen sind. — Bei Anträgen auf Erlaubnis zum Bierausschank in Fischbackstuben soll die Bedürfnisfrage wohlwollend geprüft werden, um eine schnellere Einbürgerung dieser volkswirtschaftlich wertvollen Fischbackstuben zu erleichtern. Bei Anträgen auf Erteilung des Erlaubnis zum Ausschank von alkoholfreien Getränken ist das Bedürfnis im allgemeinen anzuerkennen. Beim Verkauf von Milch zum Genuß auf der Stelle, sofern der Verkauf in den üblichen Verkaufsstunden stattfindet, ist eine Konzession nicht erforderlich.

* **Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen.** Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken benutzt waren, können, auch wenn sie ihrer Bauart nach keine Wohnräume sind, nach ihrem Freiwerden als Wohnräume, insbesondere also auch nach § 5 Z. 1a des Berliner Wohnungsnotrechts zum 30. 12. 1924 in Anspruch genommen werden (21. 2. 1927; 17. Y. 6.27). — An der Verpflichtung des Mieteinigungsamtes und der Beschwerdestelle zur Entscheidung über die Höhe der Friedensmiete ist durch die preußische Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 11. 11. 1926 nichts geändert worden. (21. 2. 27; 17. Y. 9.27).

* **Kammergerichtsentscheid in Aufwertungsfragen.** Durch einen zwischen dem Grundstückseigentümer und dem gegenwärtigen Gläubiger einer der Aufwertung unterliegenden Hypothek nach dem 13. Februar 1924 wirksam abgeschlossenen Vergleich im Sinne des § 67 AwG. wird der auf der Vorschrift des § 17 AwG. beruhende Aufwertungsanspruch eines früheren Gläubigers nicht beseitigt. (Beschluß des 1. Zivilsenats vom 24. 2. 27 — 1. X. 8. 3. 1927).

Aus Halberstadt.

* **Stadttheater.** Heute Dienstag ist die letzte Aufführung von Maillarts komischer Oper „Das Glöckchen des Eremiten" von Hirschfeld und Frank. Für Donnerstag ist noch einmal das Schauspiel „Die Marquise von Arcis" von Sternheim angesetzt, für Freitag zum letzten Male die Komödie „Auktion der Tugend" von Karl Lütge. Sonnabend wird als dritte Vorstellung zu ganz kleinen volkstümlichen Preisen (0,50 Mark bis 2,00 Mark) „Wallensteins Tod" von Schiller gegeben. Sonntag nachmittag kommt zum letzten Male das erfolgreiche Lustspiel „Die Durchgängerin" von Fulda als 30. Fremdenvorstellung zur Aufführung. Abends findet die erste Aufführung von Wagners „Siegfried", dem zweiten Tag im „Ring der Nibelungen" statt, die Neueinstudierung steht unter der szenischen Leitung von Intendant Teuscher und der musikalischen von Kapellmeister Clemens. Die Abonnenten (Dauermieter, Mitglieder der Theatergemeinde und des B. V. B.) erhalten, da die „Ring"-Werke nur außer Anrecht gespielt werden, an der Vorverkaufskasse Rathaus für jede der zwei Aufführungen von „Walküre" und später auch noch für „Siegfried" und „Götterdämmerung" Karten zu Preisen I., jedoch nur für die besseren Plätze bis einschließlich 1. Saalsitz. Die „Siegfried"-Aufführungen beginnen wegen der langen Dauer des Werkes bereits um halb 7 Uhr.

ZM. **Der städt. Schlachthof im März.** Im Monat März 1927 wurde folgendes Vieh geschlachtet: 402 Stück Großvieh, 591 Stück Kleinvieh, 1217 Schweine, 31 Pferde, zusammen 2241.

Aus Osterwieck.

— (Eine Entlassungsfeier) fand am 31. März in der gewerblichen Berufsschule statt. Lehrer Blankenburg begrüßte als Schulleiter die Erschienenen und sprach sich dann eingehend über die Schulzucht im verflossenen Jahre aus, die im allgemeinen befriedigend gewesen sei; immerhin seien aber Unterschiede zu bemerken zwischen den Lehrlingen aus Werkstätten und jenen aus Fabrikbetrieben und zwar zugunsten der Erstgenannten. Dann ermahnte er aber auch die Lehrherren, die Schüler rechtzeitig zum Unterricht gehen zu lassen, auch müsse mit dem „Kriegsbrauch" nun endlich gebrochen werden, der darin bestehe, oft dringende Arbeiten vorzuschützen, um so den Lehrling vom Unterricht fern zu halten. Durch Mithilfe von Behörden, Meistern und Gönnern der Schule, war es auch diesmal wieder möglich, 6 Schülern wertvolle Auszeichnungen zuteil werden zu lassen. Das Abgangszeugnis erhielten 43 Schüler. Die Lehrmeister werden darauf hingewiesen, die Zeugnisse der in der Berufsschule noch verbleibenden Lehrlinge nach Einsichtnahme und Unterschrift dem Lehrkörper bei Beginn des neuen Schuljahres wieder vorlegen zu lassen.

— (Die Maifeier) findet auch in diesem Jahre wieder unter Führung der Gewerkschaften statt und zwar bei günstigem Wetter auf dem Langenkamp. Zum Umzug wird mittags 1 Uhr an der Wilhelmstraße angetreten. Der Festbeitrag soll 30 Pfg. betragen. Abends finden sich alle Teilnehmer zu einem Maitanz im Gewerkschaftshaus zusammen.

Aus Oschersleben.

— (Die letzte Gewerkschaftskartellsitzung) fand am 30. April statt. Der Vorsitzende Genosse Otto Bock gab Aufklärung über die kommenden Arbeitsgerichte. Kollege Strobel, der an der Konferenz am 4. April in Naumburg teilnimmt, betonte, daß wir unser Arbeitsgericht und seinen Bezirk so zu gestalten haben, daß es für Oschersleben Dauer hat. Für die Vertreter im Kreisfürsorge-Ausschuß wird für den von hier verzogenen Kollegen Schlupf Kollege Heinrich Behrens gewählt. Koll. Arndt gibt den Bericht über die mit der Maifeier sich beschäftigte Ausschußsitzung. Nach einer regen Aussprache wird folgendes Programm beschlossen: Antreten um 1/4 11 Uhr morgens beim Stadtpark. Ab 3 Uhr Gartenkonzert der Ungerischen Kapelle. Bei schlechtem Wetter Konzert im Stadtparksaale. Ab 1/8 Uhr: Bühnenabend im Stadtpark. Es wirken „Malenzruß", „ " die „Freie Volksbühne" mit. Für die Kinder finden am 30 April Veranstaltungen statt. Die Arbeiter-Wohlfahrt und die Sportvereine gestalten diese aus. Ein nennenswerter Betrag wird hierfür zur Verfügung gestellt. Der Festbeitrag beträgt für die Kollegen, welche erwerbslos sind, 30 Pfg., für die anderen 50 Pfg. Der Beitrag wird obligatorisch erhoben. Kollege Kern gab den Bericht von Halle und bedauerte besonders die Störungen durch die Kommunisten.

Aus Quedlinburg.

— (Weit über 2 Millionen Reichsmark) hat die „Volksfürsorge" Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft an Sterbegeldern nach der Inflationszeit bis Anfang März d. Js. zur Auszahlung gebracht. Das ist eine große soziale Tat, die nicht hoch genug gewertet werden kann; denn dadurch konnte in vielen Arbeiterfamilien beim Eintritt von Todesfällen der Not wirksam begegnet werden. Leider stehen noch viele Volksgenossen mit ihren Angehörigen unserer Volksfürsorge fern. Sie müßten es zu einer ihrer nächsten Pflichten machen, sich recht bald an den zuständigen Vertrauensmann oder an die Rechnungsstelle der Volksfürsorge in Quedlinburg, Goldstraße 23, zu wenden, um die notwendigen Versicherungen abzuschließen.

— (Eine Gesellschaft zur Förderung des Blumenschmucks) besteht in der Stadt Magdeburg. Aus dem Bericht der Magdeburgischen Zeitung vom 30. März d. Js. ging hervor, daß 11 namhafte Vereine bei der Bedeutung, die ein guter Blumenschmuck für jede Stadt hat, die letzte Versammlung dieser Gesellschaft beschickt hatten. So beteiligten sich u. a. Vertreter des Bundes deutscher Architekten, des Künstlervereins, des Verkehrsvereins, des Haus- und Grundbesitzerverbandes, der Deutschen Theater-Ausstellung. Sämtliche Vertreter gaben die Erklärung ab, den Plan einer reicheren Ausschmückung der Stadt mit Blumen fördern zu wollen. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß man auch in den Großstädten neuerdings reichen Blumenschmuck besonders zu würdigen versteht. Für Quedlinburg hat der Verkehrs- und Verschönerungsverein in Verbindung mit dem städtischen Verkehrsamt die Angelegenheit in die Hand genommen und wieder wertvolle Preise zur Prämiierung des besten Balkon- und Vorgärtenschmucks ausgesetzt. Es ist nun die Zeit gekommen, alles für den Blumenschmuck vorzubereiten und es wird von den genannten Stellen Wert darauf gelegt, nochmals öffentlich zu erklären, daß die Verteilung der Preise wie im Vorjahre nicht allein nach der Reichhaltigkeit des Blumenschmucks, sondern unter Berücksichtigung des gesamten Hauses vor sich gehen wird. Können doch oft schon zwei Blumenfenster eines Hauses eine ganz besondere Wirkung geben. Quedlinburg nennt sich mit Stolz und mit Recht die größte Blumenstadt des Reiches. Dieser Ehrentitel legt Verpflichtungen auf, denen sich niemand entziehen sollte, zumal die Kosten für den Schmuck außerordentlich niedrig sind und Blumen nicht nur dem Besitzer, sondern der Allgemeinheit viel Freude bereiten. Daß die städtische Gartenverwaltung alles vorbereitet hat, um in diesem Jahre das im Vorjahr angefangene Werk mit aller Kraft weiter fortzusetzen, bedarf nur der Erwähnung. Die öffentlichen Gebäude werden in größerer Zahl Blumenschmuck aufweisen als im Vorjahre. Die Bevölkerung wird dringend gebeten, auch ihrerseits die Fenster mit Blumen zu schmücken und die Vorgärten so herzurichten, daß sie wirklich eine Zierde des Hauses bilden. Eine ganze Anzahl von Privatgärtnereien sind heute darauf eingerichtet, für wenig Geld die gewünschten Pflanzen zu liefern und Blumenkästen kann sich jeder aus alten Kisten mit leichter Mühe selbst herstellen.

— (Straßensperrung). Die Stadtkreis-Chaussee Quedlinburg—Gatersleben wird wegen Neudeckung und Walzarbeiten von Kilometer 0,0 bis 2,716, Abzweigung von der Provinzialstraße bis zur Stadtkreisgrenze, für die Zeit vom 6. bis 16. April für den gesamten Fuhrwerksverkehr gesperrt. Der Weg geht über Hoym oder Hedersleben.

— (Hausmüllabfuhr.) Da von der Aufsichtsbehörde die Genehmigung zu dem von den städtischen Behörden über die Einführung der allgemeinen Straßenreinigung und Müllabfuhr festgesetzte Ortssatzung noch nicht eingegangen ist, kann die zum 1. 4. vorgesehene Eröffnung des Betriebes vorläufig nicht stattfinden. Der neue Zeitpunkt wird bekanntgegeben.

— (Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.) Am Donnerstag, den 7. April, nachmittags 5 Uhr findet im Stadtverordnetensitzungssaale eine öffentliche Stadtverordnetensitzung mit folgender Tagesordnung statt: Haushaltsermäßigung, Genehmigung von Kaufverträgen, Eigentumsübertragung von Landgräben, Abänderung der Ortssatzung für die Hausmüllabfuhr und Straßenreinigung. Darauf findet eine geheime Sitzung statt.

Kauft bei unseren Inserenten!

Provinz und Nachbarstaaten.

Wolsen, 4. April. (Beim Abladen von Kohle getötet.) Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich in der Farbenfabrik Wolsen. Ein Arbeiter, der mit Abladen von Kohle beschäftigt war, wollte mittels einer Rangierwinde einen mit Kohle beladenen Wagen auf den Bunker ziehen. Beim Bedienen der Winde rutschte er aus, fiel hin und wurde von der zurückschlagenden Kurbel der Winde, an der die Sperrklinke nicht eingelegt war, am Kopfe getroffen. Der Arzt stellte einen Schädelbruch fest, an dessen Folgen der Verunglückte im Kreiskrankenhaus Dessau, wohin er nach Anlegung eines Notverbandes überführt wurde, am gleichen Tage noch verstarb.

Jeßnitz, 4. April. (Beim Hausbau verunglückt.) Ein 63jähriger hiesiger Einwohner war damit beschäftigt, seinem Sohne, der in Roßdorf ein Haus baut, bei den Erdarbeiten zu helfen. Aus noch ungeklärten Gründen rutschte plötzlich eine Sandwand, die volle Kipplore schlug um, verschüttete ihn und zerdrückte dabei dem Bedauernswerten das Nasenbein. Den Mitarbeitern gelang es noch zur rechten Zeit, den Verunglückten, der zu ersticken drohte, unter den Sandmassen vorzuziehen.

Sangerhausen, 4. April. (Altertumsfunde in Sangerhausen.) Bei den Aufgrabungen der Pflasterungsarbeiten in der Kylischen Straße stieß man etwa anderthalb Meter unter dem jetzigen Straßenniveau auf ein älteres Straßenpflaster. Es besteht aus kleinen, flachen, hochkantig gestellten Steinen, die in Zickzacklinien angeordnet sind. Es ist dieselbe Pflasterungsart, die jetzt noch auf einigen uralten Harzstraßen zu beobachten ist. Das entdeckte Sangerhäuser Pflaster wird einige hundert Jahre alt sein. Ziemlich am westlichen Ende der Kylischen Straße verläuft quer ein Humusstreifen: ein deutlicher Beweis, daß hier der Stadtgraben entlanging. Unmittelbar daran fand sich auch ein behauener Baumstamm, der zweifellos zur Zugbrücke gehört hat, da hier das Kylische Tor gestanden hat. Uebrigens lassen sich bei den Ausgrabungen interessante Erdschichten beobachten, die wieder die Theorie veranschaulichen, daß sich durch die Kylische Straße über den Markt ein Meeresrufer entlang gezogen hat. Deutlich ist hier ein harter Uferhang von einem mit Sand gefüllten Becken zu unterscheiden. Die Jakobikirche steht halb über dem festen Grund, halb über dem Sande, das ist der Grund, warum sie ihre Schiefheit bekommen hat.

SAJ Soz. Arbeiter-Jugend

Frühjahrskursus der Arbeitsgemeinschaft „Harz"

Wir hielten unseren ersten diesjährigen Wochenendkursus am 2. und 3. April im kleinen Städtchen Thale ab. 50 Jugendgenossinnen und -Genossen nahmen an der Veranstaltung teil. In Gemeinschaft mit dem Arbeiterbildungsausschuß Thale hörten wir am Sonnabend in einer öffentlichen Versammlung im „Kurhaus" Gen. Dr. Viktor Engelhardt-Berlin sprechen über „Weltanschauung und Sozialismus". Am darauffolgenden Sonntag behandelte er das Thema: „Die Kulturaufgaben der Arbeiter-Jugendbewegung". In beiden Vorträgen offenbarte sich die von großem Wissen und starker Religiosität getragene Philosophie unseres bekannten Genossen. Wir sind demselben außerordentlich dankbar, daß er in so feiner, erhebender Weise zu uns sprach. Noch lange werden wir an diese seine Worte denken. — Im Herbst wird Gen. Prof. Dr. Max Adler-Wien, einer der besten Theoretiker der Internationale, in unseren Reihen sein.

G. W.

Halberstadt. Alle Mitglieder treffen sich heute abend pünktlich 8 Uhr im Gewerkschaftshaus zum Ueben. Das Erscheinen jedes Einzelnen ist unbedingt Pflicht, da es gilt, das Frühlingsfest vorzubereiten.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht Halberstadt.

Wieder ein Landfriedensbruchprozeß. Mit einem neuen Landfriedensbruch mußte sich am Freitag das Halberstädter Schöffengericht beschäftigen. Angeklagt waren die Arbeiter B. aus Hakeborn und der Arbeiter G. aus Cochstedt. — Es war drei Tage vor dem Volksentscheid, am 17 Juni 1926. Mehrere Ortsgruppen des Reichsbanners veranstalteten in Cochstedt eine Demonstration gegen die Fürstenabfindung. Auch der Rote Frontkämpferbund Cochstedt hatte sich angeschlossen. Hinter dem Zuge befand sich ein Auto mit 6 Kasseuten, die eine Harztour gemacht hatten und nun langsam hinterher fahren mußten. Als der Zug aus dem Dorfe raus war, gab es eine kleine Stockung, weil die ausmärtigen Reichsbannerkameraden ihr Lastauto besteigen wollten. Das Personenauto gab mehrere Hupensignale und die Insassen riefen, man solle ihnen den Weg frei machen. Wie mehrere Cochstedter Rote Frontkämpfer als Zeugen bekundeten, war die Straße an der Stelle sehr schmal, so daß ein Durchkommen schwierig war. Man bat, sie sollten warten. Das Auto sei aber rücksichtslos in die Menge hineingefahren. Einer der Insassen sei dann aus dem Auto herausgekommen und habe die Menge provoziert. Darauf sind dann mehrere Leute über ihn hergefallen und haben ihn mit einer Fahnenstange, mit einem Messer usw. mißhandelt. Das Auto fuhr dann zurück und der Verletzte wurde auf dem Rathaule verbunden. Die Aussagen der 6 Autoinsassen lauteten entgegengesetzt. Die Straße sei breit genug gewesen und es war lediglich böser Wille, sie nicht durchzulassen. Provozierende Reden habe niemand von ihnen gebraucht. Die beiden Angeklagten, die man als einzige aus der Menge festgestellt hatte, bestritten überhaupt, sich an der Schlägerei beteiligt zu haben. B., der an dem Abend jemanden in Cochstedt besucht hatte, gehörte überhaupt keiner Organisation an. Lediglich als Zuschauer war er mit seinem Rade hinter dem Zuge, und zwar neben dem Auto, hergefahren. Vorher hatte er sich noch mit dem nachher Mißhandelten unterhalten. Als das Auto nachher in den Zug hineinfahren wollte, hatte er sein Rad quer vor das Auto gestellt, nur, um ein Unheil zu verhüten. Einige der Autoinsassen bekundeten jedoch, daß er dabei drohende Aeußerungen getan hatte. Der Wagenlenker hatte ihn sogar als den Rädelsführer bezeichnet und dauernd geschrieen, der Landjäger solle ihn festnehmen, was dieser ablehnte, weil der Beschuldigte ihm als ein ruhiger Mann bekannt war. Der Angekl. G. soll mit der Fahnenstange geschlagen haben. Erkannt hatte ihn in der Dunkelheit niemand. Man hatte ihn nur darum angeklagt, weil er als Einzigster eine rote Fahne getragen haben soll. Er behauptete, er sei ganz vorn im Zuge gewesen und habe von dem ganzen Vorfall nichts gemerkt. Mehrere Zeugen glauben auch zwei rote Fahnen gesehen zu haben. An dem Zusammenstoß ist das Reichsbanner nicht im Geringsten beteiligt gewesen. Der Staatsanwalt hielt die Schuldfragen für erwiesen. DasGericht kam aber zum Freispruch, weil die Schuldbeweise nicht ausreichen, wenn es auch bedauerlich sei, daß ein solch schwerer Fall ungesühnt bleibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270406-12/fragment/page=0006

Haushaltsberatung im Kreistag Halberstadt.

Annahme des Etats in Höhe von 1 148 300 Mark. — Landrat Müller wird mit 14 Stimmen gewählt bei 9 Stimmenthaltungen.

Die Kreistagsabgeordneten versammelten sich gestern mittag im Kreishaus in Halberstadt, um den Haushaltsplan für 1927 zu beraten. Der Etat hat keine wesentliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren. Während der vorjährige Haushaltsplan mit 1 118 250 ℳ abschloß, beläuft sich der neue Etat auf 1 148 300 ℳ, erfährt also eine Erhöhung von rund 30 000 Mark. Der Haushaltsplan ist so knapp wie möglich aufgestellt. Alle Posten sind den wirklichen Ausgaben und Einnahmen entsprechend eingestellt. So zeigt der Etat namentlich bei den Ansätzen für die Steuern wesentliche Ermäßigungen. Die Erhöhungen auf der Ausgabenseite zeigen sich vor allem bei der Provinzialabgabe, die sich von 90 000 auf 115 000 Mark erhöht, bei der Wegeunterhaltung, die sich um 19 000 Mark steigert und dann auch bei der Wohlfahrtspflege die ein Mehr von 17 000 ℳ nachweist. Durch diese Verkappung namentlich auf der Einnahmenseite war es notwendig, den Betriebsfond von 80 000 Mark, die sogenannte Substanz, anzugreifen und in den Haushaltsplan einzustellen. Damit sind im nächsten Jahre alle Barreserven des Kreises verbraucht. Diese Maßnahme ist natürlich nicht ganz unbedenklich, denn im nächsten Jahre sehlt dem Kreis jede Rücklage, zumal da, wie der Landrat betonte, man auf Erträge aus der Kreissparkasse, dem einzigen werbenden Betrieb des Kreises, nicht rechnen darf, weil alle Mittel zur Erfüllung der Aufwertung beansprucht werden. Diese Kritik am Haushaltsplan wurde von bürgerlicher Seite geltend gemacht, aber man konnte natürlich sich nicht entschließen, einen anderen Vorschlag für die Deckung des Fehlbetrages von 287 000 M. zu machen, denn das wäre ja nur möglich gewesen durch eine Erhöhung der Kreisumlage. Und die Scheu vor Steuern ist gegenwärtig besonders groß. Im Gegenteil, es wurde noch ein bürgerlicher Antrag angenommen, daß die Kreisumlage, ob die Steuererhebung für die einzelnen Gemeinden nicht höher sein dürfe, wie im Vorjahre. So wurde schließlich der Etat unverändert angenommen. Die bürgerliche Fraktion, die ja die Mehrheit im Kreistag hat, übernimmt damit die Verantwortung und hat so den „bedenklichen" Weg beschritten, alle Reserven aufzubrauchen. Der letzte wichtige Punkt der Tagesordnung war die Wahl des neuen Landrates. Nach der Kreisordnung steht dem Kreistag für die Besetzung eines erledigten Landratsamtes das Vorschlagsrecht zu. Der Kreistag machte von diesem Recht Gebrauch und der Kreisausschuß schlug vor, Landrat Müller für die Ernennung zu präsentieren. Gewiß mag dieses Recht mehr formaler Natur sein, aber einen gewissen Ausschlag wird das Wahlergebnis bei der endgültigen Ernennung im Ministerium sicherlich haben. Man sah mit einer gewissen Spannung dieser Wahl entgegen. Da im Kreistag die Sozialdemokraten in der Minderheit sind, lag die Entscheidung bei der bürgerlichen Fraktion. Für die Mehrheit der Bürgerlichen gab der Abg. Drude die Erklärung ab, daß sie nicht in der Lage sei, Landrat Müller in Vorschlag zu bringen. Um so überraschender war das Ergebnis der Stimmzettelwahl. Von 23 Stimmen fielen 14 Stimmen auf den Genossen Müller und 9 Zettel blieben unbeschrieben. Mit beträchtlicher Mehrheit also wählte der Kreistag den Gen. Müller zum Landrat. Eine Reihe bürgerlicher Abgeordneten haben ihre Stimme für Landrat Müller abgegeben. Seine Ernennung dürfte hiermit gesichert sein. Wir begrüßen dieses Ergebnis und wünschen Gen. Müller eine erfolgreiche Tätigkeit in unserem Kreise. In der kurzen Zeit der kommissarischen Verwaltung hat er sich das Vertrauen der Mehrheit des Kreistages erworben. Der Kreis wird unter seiner Führung einen neuen Aufschwung nehmen.

*

Landrat Müller eröffnete um 12 Uhr mit kurzen Begrüßungsworten die Sitzung. Sämtliche Kreistagsabgeordneten sind anwesend. nur das Kreisausschußmitglied Konrektor Kegel-Osterwieck fehlt. Zunächst sind eine Reihe von

Wahlen

zu erledigen. Als Vertrauensmänner für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Geschworenen bei dem Amtsgericht in Halberstadt werden Gutsbesitzer W. Pape-Emersleben und Gastwirt Jüngst-Athenstedt, beim Amtsgericht Osterwieck, Weißgerber P. Ullrich-Osterwieck, Bürgermeister Lambrecht-Hornburg, Landwirt E. Fräßdorf-Dardesheim, Amtsvorsteher F. W. Strebe-Zilly, Arbeiter L. Niemeyer-Hornburg, Schriftsetzer O. Schönefeld-Osterwieck und Gemeindevorsteher a. D. F. Jude-Veltheim für das Jahr 1928 gewählt. Als Mitglied für den Steuerausschuß Bezirk III beim hiesigen Finanzamt wird an Stelle von Gastwirt Jung-Athenstedt Kaufmann O. Drude-Athenstedt für die Zeit bis zum 30. Juni 1929 gewählt. Die Amtszeit folgender Schiedsmänner läuft ab: Lehrer O. Woigt-Rohrsheim, Schuhmacher F. Schmidt-Schauen und Klempnermeister F. Rusack-Wehrstedt. Alle 3 werden wiedergewählt.

Dann tritt der Kreistag in die Beratung des

Haushaltsplanes

ein. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 schließt mit 1 148 300 Mark in Einnahme und Ausgabe und der des Kreiskrankenhauses mit 64 000 Mark. Der Fehlbetrag der durch Kreisumlage aufzubringen ist, beläuft sich auf 287 000 Mark. Eine Erhöhung der Kreissteuer bzw. eine Mehrbelastung der Gemeinden und Gutsbezirke tritt also nicht ein. Die Umlage wird in Höhe von 44 Prozent der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer und der Grundvermögensteuer und von 25 Prozent der Gewerbesteuer erhoben

Landrat Müller erörtert in kurzen Zügen den Haushaltsplan und betont, daß die schlechten Wirtschaftsverhältnisse das kommunalpolitische Leben immer noch sehr schwer belasten und den Haushaltsplan außerordentlich beeinflussen. Der größte Teil unserer Ausgaben wird durch Reichsgesetze bestimmt. Das Reich schreibt vor was wir zu zahlen haben. Ein beträchtliches Stück der Selbstverwaltung ist uns damit genommen. Auf der Einnahmenseite sieht es ähnlich aus. Wir sind hier ganz und gar vom Finanzausgleich abhängig und auch wieder Kostgänger des Reiches. Trotzdem weist der Haushaltsplan nur ein Mehr von 30 000 Mark in Einnahme und Ausgabe gegenüber dem Vorjahre auf. Der Landrat geht dann die einzelnen Positionen durch. Wir heben daraus folgendes hervor: Auf der Ausgabenseite sind für den Zinsendienst des Kreises 1700 Mark mehr eingesetzt, im Ganzen 7300 Mark. Die Position Unterhaltung der Kreisgebäude hat ebenfalls eine Erhöhung von 6400 Mark erfahren. Es erscheinen zum ersten Mal unter diesem Titel das Landjägerhaus in Hornburg, das der Kreis übernommen hat und das vom Kreis erbaute Wohnhaus in der Andreas-Werkmeister-Straße. Die Kosten für die allgemeine Verwaltung (Gehälter usw.) steigern sich um rund 10 000 Mark durch Heraufsetzung in höhere Altersklassen und Mehrausgaben für den Dienstbetrieb. An Provinzialabgabe sind 115 000 Mark gegenüber 90 000 Mark im Vorjahre eingesetzt. Der Provinziallandtag hat die Umlage auf 15 Prozent festgesetzt, sie erhöht sich also um 2 Proz. An Kosten für Wegeunterhaltung will der Kreis 104 000 (85 500 im Jahre 1926) ausgeben. Die Erhöhung erklärt sich dadurch, daß Löhne und Material teurer geworden sind. Es soll auch besseres Material für den Wegebau verwandt werden. Ein großer Teil der Ausgaben werden natürlich für die Wohlfahrtspflege in Anspruch genommen. In dieser jährlichen Steigerung der Kosten der Wohlfahrtspflege zeigt sich die Not des Volkes und tritt die schlechte wirtschaftliche Lage in Erscheinung. Die Wohlfahrtspflege des Kreises steigert sich von 315 000 auf 332 000 Mark. Für Erwerbslosenfürsorge sind als Kreisanteil 44 000 Mark gegen 40 000 Mark im Vorjahr angesetzt. Die Ausgaben auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung erhöht sich von 200 000 Mark auf 225 000 Mark und zwar sind vorgesehen: 24 000 Mk. für die Kreisbeschädigtenfürsorge, 70 000 Mark für die Sozialrentner, 65 000 Mark für die Kleinrentner und 66 000 Mark an Armenfürsorge. An Gesundheitsfürsorge bringt der Kreis 11 000 Mark auf. Hierzu gehören vor allem die Kreisbeihilfen an die Gemeindepflegestationen, die in fast allen Orten des Kreises bestehen. Die Krankenpflege erfordert erhebliche Mehrausgaben gegenüber 1926. Allein für die Unterhaltungskosten für die in den Landesheilanstalten untergebrachten Personen werden 10 000 Mark gefordert. Das ist eine außerordentliche Belastung des Kreises, der gegenwärtig 86 Geisteskranke zählt. Auch für die Krüppelfürsorge ist ein Mehr von 2000 Mark erforderlich. Der Zuschuß an das Kreis-Krankenhaus in Osterwieck erhöht sich von 9000 Mark auf 26 000 Mark. Das Kreis-Krankenhaus in Osterwieck kostet dem Kreis beträchtliche Summen. Es ist aber eine zwingende Notwendigkeit, es zu unterhalten, da der Kreis sonst nirgendwo Infektionskranke unterbringen kann. Wäre das Krankenhaus größer, so würde es sich vielleicht selbst erhalten. Der Haushaltsplan des Kreis-Krankenhauses beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 64 000 Mark. An Einnahmen aus Kur- und Verpflegungskosten sind hier 36 500 Mark eingesetzt worden bei einem Höchstsatz von 8000 Verpflegungstagen im Jahr. Der Landrat betont, daß er sich bemüht hat, diesen Haushaltsplan des Kreiskrankenhauses so sparsam wie möglich aufzustellen. Es war aber nicht möglich, weitere Abstriche zu machen. Er teilt mit, daß auf einer Konferenz der Krankenhäuser in Osterwieck auf Antrag Alchersleben die Verpflegungskosten dritter Klasse von 3.450 Mark auf 4.00 Mark erhöht werden sollten. Durch sein Eingreifen aber ist dieser Antrag nicht angenommen worden. Erhebliche Mehreinnahmen würde diese Erhöhung nicht gebracht haben, wohl aber viel Beunruhigung in die Bevölkerung getragen haben. Der Kreis wird einmal in Erwägung ziehen müssen, ein eigenes größeres Krankenhaus zu bauen und man wird auch versuchen müssen, einen Ausgleich mit Hornburg, das ein eigenes Krankenhaus hat, zu finden. Der Titel Krankenpflege erfordert im Ganzen 83 000 Mk. gegenüber 54 000 Mark im Jahre 1926. Für Polizeizwecke gibt der Kreis 700 Mark weniger aus als sonst. Die Förderung der Land- und Wasserwirtschaft, vor allem die Meliorationen, kosten 35 500 M. (32 000 im Vorjahre). Als Beihilfen für Neubauten von Wohnungen sind wiederum 100 000 Mark eingesetzt. Unter den durchlaufenden Posten sind die Kreisanteile aus der Reichseinkommen-, Umsatz- und Körperschaftssteuer von 300 000 Mark auf 200 000 Mark herabgesetzt worden, weil der Ansatz im Vorjahre zu hoch war. Auf der Einnahmeseite erfährt die Mietseinnahme aus den Kreishäusern, dem Haus Andreas-Werkmeisterstraße und dem Landjäger haus in Hornburg, eine Steigerung von 6800 auf 11 700 Mark. Diese Steigerung ist vor allen Dingen dadurch eingetreten, daß die Miete für die Kreis-Sparkasse, die bisher verhältnismäßig sehr niedrig war, auf 8000 Mark erhöht wurde. Weiter weist die Einnahmenseite eine Erhöhung aus Zinsen nach. Unter den Steuern ist der Anteil an der Reichseinkommen-, Umsatz- und Körperschaftssteuer von 68 000 Mark auf 55 000 Mark herabgesetzt worden, also 13 000 Mark niedriger. Ebenfalls ist die Grunderwerbssteuer von 80 000 Mark auf 64 000 Mark und die Wertzuwachssteuer von 10 000 auf 2000 Mark herabgesetzt worden, weil die früheren Ansätze zu hoch waren und diese neuen Zahlen den wirklichen Einnahmen entsprechen werden. Die Kreisumlage beträgt, wie im Vorjahre, 287 000 Mark, erfährt also keine Erhöhung. Landrat Müller spricht die feste Hoffnung aus, daß der Kreis damit in diesem Jahre auskommen wird, wenn nicht etwa unvorhergesehene Unglücksfälle, wie Epidemien, Hochwasser usw. eintreten sollten. Die Hundesteuer erhöht sich von 20 000 auf 25 000 Mark. Als Aufkommen aus der Hauszinssteuer sind wiederum 200 000 Mark eingesetzt. Zum ersten Male erscheint im Haushaltsplan die Kraftfahrzeugsteuer mit 15 000 Mark. Im Ganzen beläuft sich die Steuereinnahme auf 656 000 Mark. An Gebühren will der Kreis einnehmen 10 000 Mark. Um den Etat zu balanzieren, war es notwendig, die sogenannte Substanz anzugreifen und den ersparten baren Betriebsfond von 80 000 Mark einzusetzen. Ebenfalls wurde eine Anleihe von 44 000 Mark und eine weitere von 30 000 Mark für Hochwasserschäden, die beide der Kreistag beschlossen hat, eingesetzt, sodaß sich der Titel „Abhebung auf bewilligte Anleihen und Guthaben von 26 000 Mark auf 154 000 Mark erhöht. Landrat Müller hat zum Schluß seiner Darlegungen, den Etat in der vorliegenden Form zu verabschieden.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, in dem auf die Not der Sozial- und Kleinrentner hingewiesen und eine Erhöhung der Richtsätze gefordert wurde. Landrat Müller teilte mit, daß der Kreisausschuß bereits sich mit dieser Frage beschäftigt hat und im Haushaltsplan schon der Ansatz dafür eine Heraufsetzung von 47 000 M. erfahren hat. Darüber hinaus könne der Kreis gegenwärtig nicht gehen. Besonders schwere Fälle hat er der individuellen Entscheidung des Wohlfahrtsamets zu überlassen. Eine allgemeine Erhöhung der Sätze könne jetzt nicht eintreten, ehe nicht die Auswirkung des neuen Finanzausgleichs zu übersehen sei. Für die bürgerliche Fraktion sprach Kreistagsabg. von Gustedt-Berßel. Er erklärte, daß eine Erhöhung der Richtsätze jetzt ausgeschlossen sei. Mit Besorgnis, so führte er weiter aus, erfülle der Etat die bürgerliche Fraktion. Man müßte eigentlich versuchen, ihn auf gesündere Füße zu stellen. Wir leben jetzt von der Substanz. Die 80 000 Mark Ersparnisse aus der letzten Zeit verbrauchen wir in diesem Jahr und zwar durch die Mehraufwendung für die Wohlfahrtspflege. Im nächsten Jahre stehen wir dann mit leeren Händen da und müssen, nur um die laufenden Ausgaben zu decken, eine 20prozentige Erhöhung der Kreisumlage vornehmen. Dann sehlt uns aber außerdem noch der Betriebsfonds. Um ihn wieder hereinzubekommen, müßte eine Erhöhung von 40 Prozent eintreten. Trotzdem aber sehe die bürgerliche Fraktion keine andere Möglichkeit, den Fehlbetrag zu decken und könne keine anderen Vorschläge machen. Die einzige Möglichkeit der Besserung sei die Wirtschaft wieder anzukurbeln, dann würden auch die Ausgaben für Wohlfahrtspflege sich ermäßigen. Dann erst könne man den Kreis auf eine gesunde Basis stellen. Zurzeit sei eine möglichste Beschränkung der Ausgaben notwendig. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach die Genossin Anna Zell-Groß-Quenstedt. Sie setzte sich vor allem für die Annahme des Antrages für die Sozialrentner ein und betonte mit Nachdruck, daß die Not in diesen Kreisen sehr groß sei. Die Reichsverfassung gebe jedermann ein Anrecht auf ein einigermaßen auskömmliches Leben, auch den Armen, wir können nicht bis zum nächsten Jahr warten, wenn etwa die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gebessert haben. Notwendig sei es auch, daß die Landwirtschaft sich auf eine gesunde Basis stellt und zwar, indem sie nicht mehr fremde Arbeitskräfte einstellt, sondern einheimische, um so den Arbeitsmarkt zu entlasten. Besser sei es, vorzubeugen, als nachher einzugreifen. Für die Minderheit der bürgerlichen Fraktion sprach Abg. Zickfeld-Osterwieck. der zunächst bedauerte, daß der Kreis zur Zeit für die Sozialrentner nicht mehr leisten könne. Er stellte dann einige Anfragen an den Landrat und wünschte zu wissen, wie es mit den Ueberschüssen der Sparkasse steht, die früher für die Wegeunterhaltung beigesteuert wurden. Weiter wünschte er bei der Steuerfrage eine ausdrückliche Erklärung des Landrates, daß die Gemeinden im Jahre 1927 nicht mehr Steuern zu haben haben wie 1926. Landrat Müller erwiderte, daß er eine Erklärung dieser Art nicht abgeben könne. Er warnte weiter davor, auf Ueberschüsse aus der Sparkasse zu rechnen, die jetzt alle ihre Mittel braucht, um die Aufwertung der Spargelder durchzuführen. Im Laufe der Debatte fragte Abg. Zickfeld weiter, warum früher keine Kraftfahrzeugsteuer eingesetzt sei und wie es mit dem geplanten Uebergang der Straßen mehr Steuern zu zahlen haben wie 1926. Landrat Müller antwortete, daß nächstens eine Konferenz der Gemeinden stattfinden wird, die sich mit dieser Angelegenheit befassen würde. Die Frage ist sehr schwierig. Zweifellos liege die Abgabe der Straßen an den Kreis im Interesse sowohl der Gemeinden wie auch des Kreises. An Kraftfahrzeugsteuer hat der Kreis zwar im Vorjahre etwa 6000 Mark erhalten, sie wurde aber erst ab 1. Juni erhoben, konnte also im früheren Etat nicht erscheinen. Man darf aber hoffen, daß der Ansatz von 15 000 Mark noch überschritten wird. Es wurde schließlich der Etat unverändert angenommen. Der Antrag Zickfeld, keine höheren Steuern wie 1926 von den Gemeinden zu fordern, wurde ebenfalls angenommen. Der Antrag der SPD. betr. Erhöhung der Richtsätze für Sozialrentner wurde den Kreisausschuß überwiesen.

Danach stand die Beschlußfassung über Ausführung des Vorschlagsrechts über

Wiederbesetzung des Landratsamtes

zur Beratung. Landrat Müller legte den Vorsitz nieder und verließ den Sitzungssaal. Den Vorsitz übernahm Abg. von Gustedt-Berßel als Kreisdeputierter. Namens der Mehrheit der bürgerlichen Fraktion gab Abg. Drude-Emersleben eine Erklärung ab, in der festgestellt wurde, daß die bürgerliche Fraktion mehrfach beim Minister vorstellig geworden sei, als Nachfolger des verstorbenen Landrats Dr. Wegner wiederum einen bürgerlichen Herren zu ernennen. Dem sei nicht stattgegeben worden. Landrat Müller habe in seiner Antrittsrede erklärt, daß er unparteiisch seines Amtes walten werde. Das hat er in der Zeit der kommissarischen Verwaltung getan, trotzdem könne aber die Mehrheit der bürgerlichen Fraktion den Vorschlag des Kreisausschusses, Landrat Müller für die Ernennung in Vorschlag zu bringen, nicht unterstützen. Es wurde dann zur Wahl geschritten und zwar wurde mit Stimmzetteln gewählt. Abgegeben wurden 23 Stimmzettel, von denen 14 für ja stimmten und 9 Zettel unbeschrieben waren. Der Kreistag setzt sich aus 23 Abgeordneten zusammen und zwar aus 12 Bürgerlichen, 10 Sozialdemokraten und 1 Kommunisten. Es haben demnach außer den Linksparteien offenbar, falls der Kommunist auch für Landrat Müller seine Stimme abgegeben hat, 3 bürgerliche Abgeordnete für ihn entschieden. Darauf übernahm Landrat Müller wiederum den Vorsitz und gab seiner Freude über den Ausgang der Wahl Ausdruck, dankte für das Vertrauen und betonte, daß er so, wie bisher, weiter arbeiten, seine Pflicht als erster Beamter des Kreises erfüllen und seinen Weg geradeaus gehen werde. Damit schloß die Sitzung.

Sport.

Großer Bühnen-Sport-Werbe-Abend. Es ist dem Arbeiter-Sport-Kartell zu danken, daß es wieder einen Sport-Abend veranstaltet. Derselbe findet wieder im großen Stadtparksaale statt. Das Programm ist auf das beste und sorgfältigste zusammengestellt. Die Musik, die das Ganze einrahmt und verbindet, stellt der erste Mandolinen-Orchester-Verein unter der bekannt guten Leitung seines Dirigenten Deutschmann. Es sind so ziemlich alle dem Kartell angehörigen Vereine im Programm vertreten. Turner, Radfahrer und Ringer haben den größten Teil des Programms übernommen. Ganz neue Sachen sind einstudiert und sollen hier zum ersten Mal gezeigt werden. Halte sich darum jeder den Freitag abend — 8. April — frei.

Amtliche Wetternachrichten.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis 6. April abends:

Gegen Mitteleuropa, wo sich im Bereiche der am Sonntag eingeströmten Polarluft bei niedriger Temperatur ein Hochdruckgebiet ausgebildet hat, dringt von Westen her ein neues Teiltief der großen Isländischen Depression vor. Es wird nach einer vorübergehenden Wetterverschlechterung, die am Dienstag etwas Regen bringt, erheblich mildere Luftmassen heranführen. Die Temperaturen werden in ihrem Bereiche nicht unerheblich ansteigen und in den Mittagsstunden wohl 15 Grad überschreiten. Da das Tief über dem Atlantischen Ozean noch weitere Störungsgebiete ausgebildet, wird das Wetter in den nächsten Tagen noch immer nicht sehr beständig sein, doch wird sein Verlauf im großen und ganzen erheblich freundlicher und durch das Ansteigen der Temperaturen frühlingsmäßiger sein.

Aussichten: Zunächst Durchgang einer schwachen Regenfront, danach wärmer, im großen und ganzen ziemlich heiter, vereinzelt aber noch stärkere Bewölkung und hier und da zeitweise etwas Regen.

Polizei-Verordnung

über den gewerbsmäßigen Verkehr mit Fleisch, Fleischwaren, Wild, Geflügel, Fischen, Weich- und Krustentieren.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 —G. S. S. 265—, der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) und der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1923 (R. G. Bl. S. 44) wird für den Regierungsbezirk Magdeburg mit Zustimmung des Bezirksausschusses nachfolgende Polizeiverordnung erlassen.

Beaufsichtigung.

§ 1.

Außer dem Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln nach Maßgabe des Gesetzes vom 14. Mai 1879 (R. G. Bl. S. 145) unterliegen auch die Gewinnung, Zubereitung, Verpackung, Aufbewahrung, Feilhaltung, Beförderung des Ausmessen und Auswiegen von Fleisch, Fleischwaren, Wild, Geflügel, Fischen, Weich- und Krustentieren sowie alle hierzu dienenden Räumlichkeiten, Verkaufsstände und Wochenmarkt- und Gerüstschaften der polizeilichen Beaufsichtigung. Den Polizeibehörden, in den Landkreisen den Landräten, in den kreisfreien Städten den Polizeiverwaltungen, bleibt vorbehalten die Bestimmungen dieser Verordnung auf die Räume und Gerätschaften der Schank-, Gast und Speisewirtschaften auszudehnen.

Die Beamten und Sach verständigen der Polizei sind befugt, während der Geschäftszeit alle nach Abs. 1 in Betracht kommenden Räumlichkeiten zu betreten, in ihnen zur Befolgung dieser Polizeiverordnung zu achten. Proben zum Zwecke der Untersuchung zu entnehmen und erforderlichenfalls Waren der genannten Art vorläufig zu beschlagnahmen.

Wochen- und sonstige Märkte, auf denen die in Abs. 1 genannten Lebensmittel gehandelt werden, sind hinsichtlich des Verkehrs dieser Waren regelmäßig durch den zuständigen Veterinärrat oder durch einen mit meinem Einverständnis beauftragten anderen Tierarzt zu beaufsichtigen. Sämtliche Schlachtstätten nebst den dazu gehörigen Räumlichkeiten sind vierteljährlich, sämtliche Fleischereien, Wild-, Geflügel- und Fischhandlungen sowie alle der Verarbeitung, Aufbewahrung und Beförderung von Fleisch und Fleischwaren dienenden Räume mindestens 2 mal im Jahre einer unvermuteten Revision durch den zuständigen Veterinärrat oder durch einen mit meinem Einverständnis beauftragten anderen Tierarzt, erforderlichenfalls unter Beiziehung des zuständigen Kreisarztes zu unterziehen.

Die Kosten dieser Revision sind als Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung anzusehen.

Betriebsräume und Gerätschaften.

§ 2.

Alle ständigen Zubereitungs-, Aufbewahrungs- und Verkaufsräume im Sinne des § 1 müssen genügend groß, in gutem baulichen Zustande, trocken, sauber, leicht zu reinigen, ausreichend beleuchtet und lüftbar sowie frei von üblen Gerüchen sein. Der Fußboden muß wasserdicht und leicht zu reinigen sein. Er ist stets sauber zu halten bei der Reinigung ist Staubentwicklung zu vermeiden. Falls die genannten Räume zur Verarbeitung, Aufbewahrung oder zum Verkauf von rohem Fleisch oder Fleischwaren dienen, sind sie bis zur Höhe von mindestens 1.60 m mit glasierten Platten zu bekleiden oder glatt zu verputzen; der Wandverputz ist mit heller giftfreier Oelfarbe zu streichen. Der Oelfarbenanstrich ist alle 2—4 Jahre zu erneuern.

In Fleischereibetrieben muß gesundheitlich einwandfreies Wasser vorhanden sein und darf nur solches verwendet werden. Ueber Koch- und Brühkesseln sind Dampfabzugsvorrichtungen anzubringen. Abwässer dürfen nicht in Gruben, die innerhalb der Arbeitsräume sich befinden, aufgefangen werden. Ableitungen sind mit Wasserverschluß und Fettfang zu versehen. Die Gruben müssen wasserdichte Wandungen und Böden sowie sichere Abdeckungen haben.

Für die Durchführung der Förderung betreffend die Beschaffenheit des Fußbodens, den Platzenbelag und den Oelfarbenanstrich kann in besonderen Fällen auf Antrag eine längere Uebergangszeit oder Befreiung gegen Widerruf von den im § 1 Abs. 1 genannten Polizeibehörden gewährt werden, wenn der Betrieb im übrigen den Anforderungen an Sauberkeit entspricht.

§ 3.

Die im § 2 genannten Räume dürfen nur den zum Betriebe gehörigen Arbeiten dienen, als Wohn-, Schlaf- oder Waschräume nicht benutzt werden und mit Ställen und Abortanlagen nicht in unmittelbarer Verbindung stehen, sich auch nicht in solcher Nähe von Dunglstätten, Jauchen- oder Müllgruben befinden, daß sie durch Geruch, Abwässer oder Staub von diesen erreicht werden können. Für die Durchführung dieser Forderung kann von den im § 1 Abs. 1 genannten Polizeibehörden eine längere Uebergangszeit gewährt werden.

In nächster Nähe der Betriebsräume muß eine mit Seife, Handbürste und sauberem Handtuch versehene, jederzeit reine und gebrauchsfertige Einrichtung zum Waschen der Hände vorhanden sein. Vor Beginn der Arbeit sowie nach Verrichtung natürlicher Bedürfnisse haben sich die in den Verkaufsbetriebe tätigen Personen die Hände unter Benutzung von Seife und Handbürste zu waschen.

§ 4.

Die im § 2 genannten Betriebsräume sind von Ungeziefer, besonders Ratten, Mäusen und Fliegen frei zu halten. Das Auslegen von Bakterienpräparaten (Ratin u. ä.) zur Vernichtung von Ratten und Mäusen in den vorbezeichneten Räumen ist verboten.

Hunde, Katzen und andere Tiere dürfen in die vorbezeichneten Räume nicht mitgebracht und dort auch nicht geduldet werden. In allen ständigen Verkaufsräumen im Sinne des § 1 ist ein Schild mit der Aufschrift „Mitbringen von Hunden polizeilich verboten" sichtbar anzubringen.

§ 5.

Die zur Zubereitung, Aufbewahrung, zum Ausmessen und Auswiegen der in § 1 genannten Lebensmittel dienenden Gerätschaften dürfen zu anderen Zwecken nicht benutzt werden und müssen nach Gebrauch sofort gereinigt und vor Verunreinigung geschützt aufbewahrt werden.

Feilhalten und Verkauf.

§ 6.

Die im § 1 genannten Lebensmittel sind zur Abgabe an das Publikum so auszubewahren, daß sie vor gesundheitsschädlichen oder ekelerregenden Verunreinigungen, z. B durch Staub, Hunde, Katzen, Fliegen und andere Tiere, sowie vor schädlichen Witterungs- und sonstigen Einflüssen geschützt sind. Lebensmittel der genannten Art, die genossen zu werden pflegen, ohne daß sie vorher nochmals gesäubert werden, wie z. B Hackfleisch, Schlackwurst sind erforderlichenfalls durch Glasglocken, Draht- oder Gazegeflecht besonders sorgfältig zu schützen.

§ 7.

Vor erfolgtem Kauf ist dem Publikum das Betasten der Lebensmittel genannter Art verboten. In den ständigen wie in den beweglichen Verkaufsstellen ist ein Schild mit der Aufschrift „Das Betasten der Lebensmittel ist den Käufern polizeilich verboten" sichtbar anzubringen.

§ 8.

Das Feilhalten und Aufhängen von Fleisch und Fleischwaren auf der Straße ist verboten; ausgenommen ist Wild und Geflügel sofern dem nicht weitergehende örtliche verkehrspolizeiliche Vorschriften entgegenstehen. Diese Anordnung gilt nicht für den Markthandel. Werden Lebensmittel der genannten Art im freien aufgehängt oder ausgelegt, so müssen sie mindestens 1 Meter vom Erdboden entfernt bleiben.

§ 9.

Das Auf-den-Marktbringen sowie das Herstellen, Feilhalten und Verkaufen von Hackfleisch (Schabefleisch) in Material-, Spezerei- und Kolonialwarenläden sowie außerhalb geschlossener Räumlichkeiten, ferner auf Wochenmärkten, Jahrmärkten und ähnlichen Veranstaltungen ist verboten.

Auf Vorrat darf Hackfleisch (Schabefleisch) aus Gefrierfleisch überhaupt nicht, aus frischem Fleisch nur in Rind- und Schweineschlachtereien hergestellt und zum Verkauf gehalten werden. Die Herstellung darf nicht vor den Hauptverkaufszeiten beginnen. Als solche gelten die Stunden von 9—12 Uhr vorm. und von 5—7 Uhr nachmittags. Außer halb dieser Zeiten in Rind- und Schweineschlachtereien und zu jeder Zeit in anderen Betrieben darf nur vor den Augen des Käufers hergestelltes Hackfleisch (Schabefleisch) verkauft oder abgegeben werden. Die nach jeder Hauptverkaufszeit übrig gebliebenen Vorräte von Hackfleisch (Schabefleisch) sind sofort derartig zu verarbeiten, daß ihr Verkauf in rohem Zustand ausgeschlossen ist.

Hackfleisch (Schabefleisch) darf nur zum unmittelbaren Verkauf an den Verbraucher hergestellt werden. die Abgabe an Wiederverkäufer und ebenso der Verkauf von nicht in eigenen Betriebe hergestelltem Hackfleisch (Schabefleisch) ist verboten.

Die Verarbeitung von Fleisch, daß bei der amtlichen Fleischbeschau als in seinem Nahrungs- und Genußwert herabgesetzt (minderwertig) erklärt worden ist, zu Hackfleisch (Schabefleisch) sowie das Feilhalten und der Verkauf von aus minderwertigem Fleisch hergestelltem Gehacken ist verboten.

§ 10.

Es ist verboten, gesundheitsschädliche, verdorbene oder ungenießbare Lebensmittel der genannten Art sowie Fleisch, das der amtlichen Fleischbeschau nicht unterlegen hat oder dazu nicht angemeldet worden ist, in dem zur Herstellung, Aufbewahrung und Feilhaltung dienenden Räumen und dazu gehörigen Höfen, Ausstellern und sonstigen Räumen sowie in den Verkaufsstellen und Verkaufsständen ohne polizeiliche Genehmigung aufzubewahren.

§ 11.

Bei Verkauf von Fleisch und Fleischwaren hat das Verwiegen und unmittelbare Verpacken nur unter Verwendung von sauberem, unbeschriebenem und unbedrucktem Papier zu erfolgen. Fleischwaren, die ohne vorherige Reinigung genossen werden, wie Hackfleisch, Sülze, Aufschnitt, dürfen bei Zubereiten, Zuteilen und Verwiegen möglichst nicht mit der bloßen Hand berührt werden.

§ 12.

Die mit der Zubereitung, dem Ausmessen, Auswiegen, Verkauf und Transport der genannten Lebensmittel beschäftigten Personen haben an sich und ihren Kleidern auf größte Reinlichkeit zu achten. Als Bedeckung der Kleidung sind saubere, helle, waschbare Kittel oder hohe Schürzen zu tragen.

§ 13.

Unbeschadet der Vorschriften zur Bekämpfung gemeingefährlicher und übertragbarer Krankheiten dürfen mit der Zubereitung, dem Ausmessen, Auswiegen, Verkauf und Transport der genannten Lebensmittel beschäftigten Personen haben an sich und ihren Kleidern auf größte Reinlichkeit zu achten, als Bedeckung der Kleidung sind saubere, helle, waschbare Kittel oder hohe Schürzen zu tragen.

Unbeschadet der Vorschriften zur Bekämpfung gemeingefährlicher und übertragbarer Krankheiten dürfen mit der Zubereitung, dem Ausmessen, Auswiegen, Verkauf und Transport der genannten Lebensmittel nicht Personen sich beschäftigen oder beschäftigt werden, die mit Krankheiten der vorbezeichneten Art behaftet oder die als Ausscheider von Ansteckungsstoffen (Dauerausscheider und Keimträger) bekannt oder hinreichend verdächtig sind oder die nässende oder eitrige Hautausschläge, Geschwüre und eiternde, mangelhaft oder unsauber verbundene Wunden an unbedeckten Körperteilen haben. Solchen Personen ist auch der Aufenthalt in den in § 1 genannten Räumen verboten. Eine Befristung kann nur eintreten, wenn die Uebertretung dieser Vorschrift vorsätzlich oder fahrlässig begangen worden ist.

Von der vorstehend genannten Beschäftigung sind auch Personen ausgeschlossen, die als Lumpen-, Knochen- und Althändler, Hundehändler, Hundescherer, Abdecker, Krankenpfleger oder Leichenbestatter tätig sind.

§ 14.

Den in vorbezeichneter Art mit den genannten Lebensmitteln beschäftigten Personen ist das Rauchen, Schnupfen oder Tabakkauen sowie das Ausspucken auf den Fußboden in den Arbeits-, Aufbewahrungs- und Verkaufsräumen verboten.

Beförderung.

§ 15.

Zur Beförderung oder Ausnahme von Lebensmitteln der genannten Art dienende Fuhrwerke oder Behältnisse dürfen für Haus- und Küchenabfälle oder Gegenstände, welche auf die Lebensmittel von nachteiligem Einfluß sein können, nicht benutzt werden.

Lebende Tiere dürfen in Fuhrwerken oder Behältnissen gleichzeitig mit Lebensmitteln der genannten Art nicht befördert werden.

Das Mitführen von Hunden auf den zur Beförderung von Fleisch und Fleischwaren dienenden Fahrzeugen ist verboten.

§ 16.

Fleisch und Fleischwaren, Wild ohne Decke und geschlachtetes Geflügel ohne Federn dürfen in offenen Wagen, Körben, Kisten oder Mulden nur befördert werden, wenn sie mit reinen waschbaren Leinen-Tüchern oder mit reinem unbeschriebenem und unbedrucktem Papier völlig bedeckt sind.

Personen oder Tiere dürfen auf solche auch bedeckten Wagen weder über noch liegen.

Wird Fleisch auf dem Rücken oder sonstwie getragen, so hat der Träger eine waschbare, saubere Unterlage zu verwenden, die eine Berührung mit dem Kopfhaar, Hals, Nacken, Rücken und der Kleidung des Trägers sicher verhindert.

Schlußbestimmungen.

§ 17.

Für die Befolgung dieser Vorschriften sind außer den in dem Betriebe beschäftigten oder mit dem Verkauf betrauten Personen und Käufern auch die Geschäftsinhaber und Leiter verantwortlich.

§ 18.

Diese Polizeiverordnung tritt 4 Wochen nach dem Tage ihrer Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft. Alle denselben Gegenstand betreffenden Polizeiverordnungen der Landräte und Ortspolizeibehörden sowie die Polizeiverordnung betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Fleischereien, vom 24. November 1903 (R.-P.-Bl. S. 524) treten gleichzeitig außer Kraft.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, falls nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 R.-Mk. oder im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Magdeburg, den 22. Februar 1927.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht:

Halberstadt, den 31. März 1927.

Die Polizei-Verwaltung. **Der kommissarische Landrat.**

Für wenig Geld können Sie das Beste haben:

Rama

MARGARINE

butterfein

Meistgekaufte Margarine Marke Deutschlands

Die Qualität siegt!

½ Pfd nur 50 Pfg.

Beim Einkauf Kinderzeitung „Die Rama-Post vom kleinen Coco" oder „Die Rama-Post vom lustigen Ips" gratis.

Aus Wernigerode

Von lieben Freunden Verwandten, Nachbarn und Bekannten sind uns zur Konfirmation unseres Sohnes Fritz viele Glückwünsche, Blumen und Geschenke übermittelt. Wir danken auf diesem Wege allen, für das herzliche Gedenken.

Friedrich Müller und Frau, Wegestr. 34.

Für die uns zu unserer silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten und Geschenke sagen wir hiermit allen unseren

herzlichsten Dank.

Wernigerode a. H., den 31. März 1927

Ferdinand Bohn und Frau
Klara geb. Hackelberg.

Schloß-Lichtspiele

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag

Täglich 6 und ½9 Uhr

Ein deutscher Kriminal - Großfilm

Die Tragödie eines Verlorenen

Hauptdarsteller:

Alfred Abel, Helga Molander, R. A. Roberts

Im Beiprogramm:

Taps als Feuerwehrmann, Deulig-Woche, Larry und die gelbe Gefahr, Auf den Bergriesen.

F. C. Heinicke Nachf.

Burgstraße 33.

Mänteln-Abgabe vorbehalten.

Serie I . . . **20** Pfg.
Serie II . . . **30** Pfg.
Serie III . . . **40** Pfg.
Serie IV . . . **50** Pfg.

Großer Tapeten-Verkauf

Geschäfts-Eröffnung!

Den Einwohnern von Nöschenrode und **Wernigerode** zur Kenntnisnahme, daß ich am **5. April** ein

Lebensmittel-Geschäft, Kaiserstr. 39

eröffne.

ff. Landbrot, Backwaren, Butter usw.

Ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Frau Anna Mackensen.

Geschäfts-Uebernahme!

Der verehrten Einwohnerschaft von Wernigerode-Hasserode und Umgegend teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich am Mittwoch, den 6. April meine Fleischerei

Herrn Wilhelm Timme

käuflich übergeben habe und bitte, das mir entgegengebrachte Wohlwollen auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll

Hermann Schlegel.

Bezugnehmend auf Obiges den geehrten Einwohnern von Wernigerode-Hasserode und Umgegend zur Kenntnis, daß ich am Mittwoch, den 6. April die

Fleischerei von Herrn Hermann Schlegel
Friedrichstraße 110

käuflich übernommen habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir durch Führung guter Ware zu angemessenem Preise und durch aufmerksame Bedienung das Vertrauen der Kundschaft zu erwerben.

Mit dem Hinweis, daß ich nur beste Ware in allen Fleischgattungen führen werde, bitte ich um freundliche Unterstützung.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Timme,
feine Fleisch- und Wurstwaren.

Schreibwaren aller Art:

Briefmappen, Briefumschläge, Schreibpapier, mit und ohne Linien, Notizbücher, Notizblocks, Schnellhefter, Rechnungs- und Quittungsblock, Bleistifte, Kopier- und farbig, Federhalter, Tinte, Schreibfedern, Griffel, Zimmermannsbleie, Ansichtskarten, Gratulationskarten zu allen Gelegenheiten

Volksbuchhandlung
Burgstr. 9

Bettstellen

in Holz und Metall in jeder Preislage. Schlafzimmer, Küchen, Divane, Chaiselongues, Federbetten kaufen Sie bei ⅓ Anzahlung und bequemen Teilzahlungen nur im

Bettenhaus Otto
N., Kaiserstraße 62.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270406-12/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbur, für den übrigen Teil: Richard Matthäus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4631 und Volksbuchhandlung Steigerwald, Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 81. Mittwoch, 6. April 1927. 2. Jahrgang.

Stresemann und seine Freunde.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Herr Stresemann über die Regierungskoalition, in die er mit seiner Partei dank der aufopfernden Tätigkeit seines Freundes Scholz geraten ist, keine reine Begeisterung empfindet. Wem vorher darüber nichts bekannt war, der konnte es aus dem Artikel entnehmen, den der Außenminister vor einigen Wochen in den „Deutschen Stimmen" — wenn auch anonym — veröffentlichte. Er — und mit ihm der größte Teil seiner Freunde — fühlen sich bedrückt, weil die Volkspartei innerhalb des Bürgerblocks nicht die Rolle spielt, die ihr nach ihrer Ansicht zukommt. Sie haben den Eindruck, daß sie durch Zentrum und Deutschnationale gewissermaßen eingekreist und in ihrer Bewegungsfreiheit behindert seien. Sie versuchen sich Luft zu verschaffen und reden gelegentlich von dem Moment, in dem sie am Ende doch wieder eigene Wege gehen könnten. Sie künden die Bedenken an, die ein etwaiges Zusammengehen der beiden Koalitionsgenossen in Kulturfragen bei ihnen hervorrufen würden. Sie entdecken, daß sie im Grunde eine liberale Partei seien, berufen, in der Stunde der Gefahr den deutschen Liberalismus in einiger Front zum Kampfe aufzurufen.

Aus dieser Stimmung heraus ist der gestern schon von uns erwähnte Vorstoß zu erklären, den Stresemann am Sonntag auf einer sogenannten Allgemeinen Kulturtagung der Deutschen Volkspartei gegen die Konkordatspläne unternommen hat. Die vorliegenden Berichte geben von seiner Rede kein ganz einwandfreies Bild. Es ist nicht recht klar, ob der Minister das Reichskonkordat, dessen Vorbereitungen noch in den ersten Anfängen stecken, oder das preußische Konkordat gemeint hat, und ebensowenig, ob er jeden Vertrag mit dem Vatikan ablehnt oder ob er sich nur gegen ganz bestimmte Bindungen sträubt. Auch weiß man nicht recht, warum er in seiner Ausprache die Demokraten und den ihnen nahestehenden preußischen Kultusminister Becker mit einigen Rippenstößen bedenkt. Man könnte fast meinen, als ob er dadurch die Aufmerksamkeit des Zentrums ein wenig ablenken wolle, oder auch, daß sich hinter diesen Wendungen der Wunsch verberge, seine Partei in Preußen wieder in der Regierung zu sehen, damit ihr Einfluß das drohende Unglück abwenden helfe.

In Wirklichkeit aber liegt hier doch ein etwas unfreundlicher Akt gegen das Zentrum vor, von dem man weiß, daß es den Konkordatsabschluß betreibt, und von dem man vermutet, daß es nicht zuletzt aus diesem Grunde zum Eintritt in eine Regierung mit den Deutschnationalen bereit gewesen ist. So faßt auch das Zentrum selbst die Rede Stresemanns auf. Die „Germania" äußert sich bereits sehr unwillig, der Zentrumsvorstand hat gleich am Montag eine Sitzung abgehalten und es heißt, daß die Fraktion in einer besonderen Erklärung zu den kritischen Aeußerungen des Außenministers Stellung nehmen will.

Die „Germania" nennt im übrigen den Trompetenstoß des Führers der Deutschen Volkspartei ein parteipolitisches Manöver. Insofern sicher mit Recht, als Stresemann ja von den zahlreichen Anhängern gesprochen hat, die die Deutsche Volkspartei auch aus anderen Gruppen gewinnen werde, wenn sie in dem Kampf um die höchsten ideellen Güter die Führung übernehme. Die Herren empfinden eben sehr stark das Bedürfnis nach einer neuen Plattform, von der aus sie die Wähler, die sie zu verlassen drohen, wieder gewinnen könnten. Deshalb tun wir auch gut daran, dem Auftreten Stresemanns keine allzugroße Bedeutung beizumessen. Sicher lag ihm nichts ferner, als ernsthaft einen Bruch der Koalition anzukündigen zu wollen, und der Aerger, den seine temperamentvolle Improvisation beim Zentrum erregt hat, wird wieder vorübergehen. Zu allem Ueberfluß läßt die Volkspartei auch noch einen offiziösen Kommentar der Rede veröffentlichen, in dem es als ein Mißverständnis bezeichnet wird, wenn die Presse annähme, der Reichsaußenminister habe eine verstärkte Aktivität in der Frage des Konkordats gefordert. Tatsächlich habe er es nur ganz allgemein als seinen Wunsch bezeichnet, daß die kulturpolitischen Fragen in ihrer Gesamtheit mehr in den Mittelpunkt der politischen Arbeit der Partei gestellt werden möchten. Schließlich ist es ja nicht die erste Rede des Außenministers, die zu „Mißverständnissen" Veranlassung gegeben hat, und die Deutsche Volkspartei weiß sehr genau, daß mit dem berühmten Kulturliberalismus heute kaum noch politische Geschäfte zu machen sind. Das gebildete und besitzende Bürgertum, in dem sie wie ihre Vorgängerin, die Nationalliberale Partei, ihre Hauptstütze erblickt, wird, wenn man es vor die Wahl zwischen dem Konkordat und dem achtstündigen Arbeitstag stellt, immer nach dem Konkordat greifen.

*

Die deutschnationalen Freunde.

Der Plauener Prozeß, den Stresemann gegen den Rechtsanwalt Dr. Müller wegen Verleumdung führt, hat gestern die ganze niederträchtige Gemeinheit der Deutschnationalen gegen politische Gegner blitzlichtartig beleuchtet.

Von dem Angeklagten Rechtsanwalt Müller war ein

Zeuge Kranz

vor Gericht geladen worden, damit er auf Grund seiner früheren amtlichen Tätigkeit bei der Reichstreuhandgesellschaft bekunden soll, daß die Evaporatur-Gesellschaft Schiebungen begangen habe, die nachher vom Minister Dr. Stresemann gedeckt wurden. In die Enge getrieben und darauf hingewiesen, daß seine Aussagen unter Eid stehen und, falls sie sich in Gegensatz zu den Aussagen des gleichfalls zu vernehmenden berüchtigten Knoll stehen sollten, zu Meineidprozessen führen könnten, hat er zugegeben, daß er mit Akten, die nicht einwandfrei in seine Hände gelangt sind, einen schwunghaften Handel getrieben habe. Er hat diese Akten dem **Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Weiß, gegen eine Summe von 5000 Goldmark verkauft.** Ein Teil dieser Akten ist auch bei dem Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Weiß, geblieben, während ein anderer Teil einem gewissen Herrn Breithaupt überlassen worden ist. Das Geld hat der Zeuge Kranz von der Deutschnationalen Volkspartei durch Vermittlung des Oberregierungsrats Göbel vom Reichsschatzministerium erhalten.

Die Aussage des Zeugen Kranz hat schlagend erwiesen und die Hintergründe aufgedeckt, daß

das ganze Kesseltreiben gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann von der Deutschnationalen Volkspartei bzw. von dem Hauptgeschäftsführer dieser Partei, Dr. Weiß, inszeniert worden ist, um den ihnen unbequemen Reichsaußenminister zu stürzen und ihn moralisch genau so zu vernichten, wie das seinerzeit mit Erzberger der Fall gewesen ist.

Man kann nach dieser Zeugenaussage des Kranz die Frage stellen, ob es unter diesen Umständen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann noch möglich ist, mit deutschnationalen Ministern in einem Kabinett zu sitzen. Man kann aber auch gleichzeitig die Frage aufwerfen, ob nach dieser Art der Bekämpfung eines unbequemen Politikers es der Deutschen Volkspartei noch möglich ist, mit der Deutschnationalen Volkspartei in einer Koalitionsgemeinschaft zu verbleiben. Was hier gegen einen prominenten Staatsmann, den Parteiführer, unternommen worden ist, und mit welchen Mitteln diese Angriffe vorbereitet worden sind, spottet jeder Beschreibung. Dieser Prozeß Stresemann, dessen Ausgang vielleicht noch Tage auf sich warten lassen wird, wird unter allen Umständen ein Nachspiel haben. Er wird vielleicht mit dazu dienen, eine Reinigung der politischen Atmosphäre herbeizuführen, die gerade von deutschnationaler Seite verunreinigt worden ist. Man kann sich heute nach der Aussage des Kranz ungefähr auch ein Bild darüber machen, auf welche Weise die Hetze gegen den Reichspräsidenten Ebert geführt worden ist und in welcher Weise der Barmat-Prozeß ins Rollen gekommen ist.

Was gestern in Plauen gerichtlich festgestellt worden ist, wird von dem Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Weiß bestätigt. Auf Anfrage erklärt dieser der „Vossischen Zeitung", daß er für seine Partei die gestohlenen Akten und das Recht zu deren politischen Ausschlachtung für 5000 Mark erworben habe und daß jener russische Preßbandit Adolf Stein, der kürzlich die Frau unseres Genossen Loebe unter dem Pseudonym Rumpelstilzchen anflegelte, von der deutschnationalen Partei mit der politischen Verwertung der gestohlenen Akten beauftragt [illegible] kein gewöhnlicher [illegible] schnationalen [illegible] aus.

Wie Deutschnationale umlernen.

Eine Rede Hergts über Verständigungspolitik und Schuldfrage.

Vizekanzler Dr. Hergt sprach dieser Tage in Stettin über die politische Lage vor einer nicht zu zahlreich besuchten Versammlung. Die neue Regierungskoalition, so führte er aus, sei aus den tatsächlichen Verhältnissen erwachsen. Wenn die deutschnationale Partei nicht einen schwerer Fehler begehen wollte, so mußte sie dieser Notwendigkeit folgen, die auch im Parteiinteresse liege. Eine Partei könne nicht ewig sich negierend verhalten. Das würde die Wählerschaft nicht verstehen. Das Faktum, das außenpolitisch die Koalitionsparteien zusammengeführt hat, sei Locarno und Genf. Logischerweise mußten auch die Deutschnationalen sich das Verständigungsziel zu eigen machen. Wenn man 1925 noch dagegen angekämpft habe und aus der Regierung ausgetreten sei, so werde man das heute nicht mehr tun, da man auch nicht verhindern konnte, daß Deutschland Mitspieler im Völkerbunde wurde. Auf eine Anfrage, wie sich die jetzige Regierung in der Kriegsschuldfrage verhalten wolle, erklärte Hergt, die Deutschnationalen bedauerten, daß die Aktion 1925 versackt sei. Jeder werde sich aber sagen müssen, daß solche Fragen nur zur gegebenen Zeit in Angriff genommen werden könnten.

Aha!

Korrekt gehandelt.

Die anläßlich des Todes von General von Wrisberg eingeleitete Untersuchung des Berliner Polizeipräsidenten hat nach unseren Informationen von zuverlässiger Seite ergeben, daß der am Bismarckdenkmal in Berlin diensttuende Polizeibeamte vollkommen korrekt gehandelt hat. Irgendwelche Folgerungen ergeben sich deshalb für ihn aus dem Zwischenfall nicht.

*

Was konnte auch der Schupo dafür, daß sich ein wilhelminischer General totgeärgert hat, weil ein republikanischer Beamter seine Pflicht tat?

Maiparole der Internationale.

Paris, 4. April. (Eig. Drahtber.) Das Büro der Sozialistischen Internationale hat am Montag eine Sitzung abgehalten und den Text eines Manifestes zum 1. Mai 1927 festgelegt. Die Arbeiterschaft aller Länder wird aufgefordert, am 1. Mai für die beschleunigte Verabschiedung des Washingtoner Abkommens über den Achtstunden-Arbeitstag zu manifestieren, welches Abkommen bisher von England und Deutschland noch nicht ratifiziert wurde. In dem Manifest wird weiter protestiert gegen die Kriegsgefahren, welche die faschistischen Umtriebe heraufbeschwören und für die Befreiung des chinesischen Volkes von der Fremdherrschaft.

Ein kleines Zwischenspiel

gab es, als der deutschnationale Handlungsgehilfenführer, der Volksparteiler Thiel, gegen seinen eigenen Fraktionskollegen Pfeffer polemisierte. Aus Rücksicht auf seine Deutschnationalen Handlungsgehilfen mußte Thiel zugeben, daß im Gegensatz zu der Behauptung seines Fraktionskollegen auch im Handelsgewerbe ein großer Mißbrauch mit den Ueberstunden getrieben werde. Das Arbeitszeitnotgesetz wurde nun dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgte nun die wichtige Beratung des Berichts des Sozialpolitischen Ausschusses über

Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.

Den Ausschußbericht erstattete der sozialdemokratische Abg. Karsten. Nach den Ausschußbeschlüssen werden folgende Lohnklassen

...gen vor dem Reichstage.

...alidenrenten. — Erwerbslosen- und Kleinrentnerfürsorge

...e von 11 Uhr vor... war mit sozialpoli... die erste Lesung des

...i sprach nicht etwa ...n der Unternehmer ...Haus mit der Ver... in dem der Schrei... ine freie Zeit ...lle und möchte da... te die Zustimmung ...gs sei seine Partei ...szeit.

...aus ...Rich nur gegen die ...gegen den Redner ...r erklärte, daß die ...lassen, daß die ...der Ergebnisse des ...lassen.

gebildet: Lohnklasse 1: bis zu 6 Mark, Lohnklasse 2: 6 bis 12 Mark, Lohnklasse 3: 12 bis 18 Mark, Lohnklasse 4: 18 bis 24 Mark, Lohnklasse 5: 24 bis 30 Mark, Lohnklasse 6: 30 bis 36 Mark, Lohnkl. 7: über 36 Mark. Der Steigerungssatz für diese Beitragsmarken soll betragen in der 1. Lohnklasse 2 Pfg., in der 2. Lohnklasse 4 Pfg., 3. Lohnklasse 8 Pfg., 4. Lohnklasse 14 Pfg., 5. Lohnklasse 20 Pfg. Der Wochenbeitrag soll betragen in der 1. Lohnklasse 30 Pfg., in der 2. Lohnklasse 60 Pfg., in der 3. Lohnklasse 90 Pfg., in der 4. Lohnklasse 120 Pfg., in der 5. Lohnklasse 150 Pfg., in der 6. Lohnklasse 180 Pfg., in der 7. Lohnklasse 200 Pfg.

Als Fraktionsredner der Sozialdemokraten bezeichnete Karsten unter lebhafter Unruhe der Mitte und Rechten des Hauses die Ausschußbeschlüsse als ganz ungenügend. Er begründete die sozialdemokratischen Anträge, die eine stärkere Heranziehung der höheren Lohnklassen zur Beitragsleistung befürworten und dafür eine allgemeine Rentenerhöhung anstreben. Außerdem bezwecken die sozialdemokratischen Anträge, daß alle Arbeiterwitwen, nicht nur die über 65 Jahre alten und die erwerbsunfähigen, eine Rente erhalten sollen.

Auch die Kommunistin Frau Arendsee übte an den Ausschußbeschlüssen lebhafte Kritik, während der bayerische Bauernbündler Eisenberger in einer stockreaktionären Rede glaubte, daß die Landwirtschaft höhere Beiträge nicht zahlen könne. Darauf erwiderte der Zentrumsabgeordnete Andre, daß die Landwirtschaft verhältnismäßig viel mehr Renten erhalte, als ihr aus den Beiträgen zukäme.

Der Gesetzentwurf wurde nach der Ausschußfassung unter Ablehnung der sozialdemokratischen Abänderungsanträge in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus trat dann in die Beratung eines weiteren Berichts des Sozialpolitischen Ausschusses ein. Es handelt sich um die von den Sozialdemokraten und Kommunisten gestellten

Anträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Ausschuß beantragte, diese Anträge durch die inzwischen er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270406-12/fragment/page=0009